

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserations-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erstausgabe täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der neue Kanzler und das preußische Wahlrecht.

Herr von Bethmann Hollweg war von jeher ein Protegé des Fürsten Bülow und das ist ihm auch jetzt zu statten gekommen. Fürst Bülow hat seinen Nachfolger dem Geheimrat Hammann empfohlen, dem geschickten Händler in öffentlicher Meinung, und so findet der neue Reichskanzler fast eine ebenso gute Presse wie der alte. Würde uns Fürst Bülow unaufhörlich als feinste Blüte europäischer Kultur vorgeführt, so müßte der Chef des offiziellen Preßbüros allerdings für den etwas trockeneren Bureaucraten, der jetzt zufällig leitender Minister des Deutschen Reiches geworden ist, ein neues Schema anlegen. War Fürst Bülow geistreich, so ist Herr von Bethmann Hollweg gründlich. Gute Fürst Bülow alle Dichter gelesen, so der neue Herr — man denke! — alle Philosophen. Verstand Bülow grazios zu plaudern, so versteht Bethmann ernste Weltanschauungen von sich zu geben. Kurz auch der neue Herr ist ein Ausbund von Bildung und Weisheit.

Das Schema, das heute so ausgearbeitet und vollendet ist, wurde schon angelegt, als Herr von Bethmann Hollweg als preussischer Polizeiminister nicht davor zurückschreckte, Immanuel Kant zu zitieren, mit dem die große geistige Revolution unserer deutschen klassischen Philosophie anhebt und die die einzige geblieben zu sein das politische Unglück Deutschlands ausmacht. Es war in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 23. März 1906. Auf der Tagesordnung stand jene Abänderung des Dreiklassenwahlrechts, die die Obstruktion bei den Wahlen unmöglich machen sollte. Damals erklärte Herr v. Bethmann Hollweg unter stürmischem Beifall der Rechten die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen für unannehmbar. Dann führte er die politische Unlust im Reich als ein Argument gegen das Reichstagswahlrecht an, um daran folgende Hippokratia gegen die Massen zu halten:

„Wenn die Geschichte einst ihr Verdict über unser Zeitalter abgeben wird, so wird sie rühmend den Grundzug unserer Zeit anerkennen, die niederen und ärmeren Schichten in erhöhtem Maße an den Segnungen der Kultur und Zivilisation teilnehmen zu lassen, aber sie wird uns den Tadel nicht ersparen können, daß wir bei diesem Streben in Abhängigkeit von den Stimmungen der Masse geraten sind (Stimmischer Beifall rechts), die nicht mehr zu ertragen ist. Es ist ein Unheil, daß wir jede politische Aktion abhängig machen von den Wirtungen, die sie auf die Sozialdemokratie ausübt. (Sehr wahr! rechts.) Es ist ein Unheil, wenn grobhartige sozialpolitische Institutionen in parteipolitischem Interesse gemißbraucht werden, es ist ein Unheil, daß unsere Presse in ihrer großen Gesamtheit nicht mehr das Echo einer selbständigen und unabhängigen Parteipolitik ist, sondern umgekehrt teilweise eine Diktatur ausüben beginnt, die nicht frei von Rücksichten auf die aura popularis ist. (Wahr! rechts.)

Diese bessere Bierrede ist wirklich des Herrn ganze Philosophie. Und darauf gründet Herr Geheimrat Hammann den Ruf seines neuen Chefs als eines Philosophen! Und weil er Kant als einen „Geistesaristokraten“ bezeichnet hat, was eine Bezeichnung ist, die vielleicht für einen Oskar Wilde oder einen anderen defizienten Dichter passend wäre, müssen wir daran glauben, daß der neue Reichskanzler ein Jüdling der deutschen Philosophie ist!

Dieses Jammern über die Rücksichtnahme auf die Massen kann erst dann recht gewürdigt werden, wenn man sich erinnert, daß diese Rede in dem preussischen Privilegienparlament gehalten wurde, wo die Vertreter dieser Massen sämtlich ausgeschlossen waren, und aus Anlaß eines Wahlgesehes, das bestimmt war, den Massen auch weiterhin die ihnen gebührende Vertretung zu rauben. Dann aber wurde der Polizeiminister philosophisch. Er identifizierte das gleiche Wahlrecht einfach mit Gleichmachelei und schwaefelte folgendermaßen:

„Wenn man lediglich die Stimmen hört, die sich auf dem Markt der Öffentlichkeit hervordrängen, könnte man vielleicht glauben, daß wir einer allmählichen Ribellierung des Volkes, was wir haben, entgegensteuern, oder daß es gerade unsere idealen und geistigen Güter, welche wirklich das Leben schaffen, die vielleicht das Dichtertum vor sich sah, wenn er von ihnen sagte, daß sie der Gottheit lebendiges Kleid wirken, so unendlich weit fernsehen, so unendlich wenig in das Gewoge der Politik hinausdrängen (Lebhafter Beifall rechts.) Und doch sind diese Kräfte vorhanden, und was sie wollen, das ist bei Gott nicht das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. (Weiterer Beifall rechts.) Die Herren der Industrie, die Erfinder auf dem Gebiet der Chemie und Physik, der eroberten Reich unseres Kaufmannes, die Entwicklung unserer Landwirtschaft und, so paradox es klingen mag, das gewaltige Anstürmen unserer Arbeiterschaft, was anders sind sie als Zeichen dafür, daß Triebkräfte in unserem Volke arbeiten, welche nicht nivellieren, nicht gleich machen wollen, sondern welche höher hinauf, welche das Beste ausfinden wollen. Es mag sehr schwer sein in einer Zeit der Gärung wie der unserer, eine Prognose stellen zu wollen. Aber wenn man herauszufinden sucht, was unsere Schriftsteller, die Besten des Volkes, wollen, wenn man eine Erklärung dafür sucht, warum

denn die religiösen Dinge unserer Zeit so beschäftigen, uns innerlich aufregen, wenn man sieht, wie unsere Philosophie langsam, aber allmählich dem großen Aristokraten des Geistes, Kant, die Wege bahnt, wie auch unsere Naturphilosophie in ihrer Entwicklungslehre den Kern dessen, was sie will, weniger zu sehen beginnt in dem Anfangspunkt der Entwicklung, als in der Bewegtheit, daß wir immer zu Höherem hinaufstreben müssen, ist es dann wirklich eine weltfremde Himmelsstürmerei, wenn man sagt, daß Kräfte für unsere Entwicklung bestimmend sind, die nicht die Höhen gleichmachen, sondern zu den Höhen hinaufstreben wollen? (Lebhafter Beifall rechts.)

Man sieht, der Unterschied zwischen dem Fürsten Bülow und Herrn v. Bethmann ist wirklich nicht allzu groß. Fürst Bülow zitierte die klassischen Dichter und redete bisweilen wie ein halber Liberaler, um die Unterstützung der Liberalen für die ganze Reaktion zu gewinnen. Herr v. Bethmann zitiert die klassischen Philosophen zu demselben Zwecke. Ob auch mit demselben Erfolg? Wenn man die liberale Presse liest, muß man es beinahe glauben. Die Ernennung der neuen Minister wird von ihr sehr hoffnungsvoll begrüßt. Kein Wort der Kritik über die Art dieser Ernennung, bei der der Reichstag völlig ausgeschaltet wurde, kein Wort, das energischen Kampf ankündigt gegen die Fortsetzung eines Systems, das nichts anderes ist als die Vertretung jener Politik, die die Junker vorzeichnen, das nicht wissen will von einer wirklichen Kontrolle der Volksvertretung über die Regierung und daher sofort zusammenbrechen muß, wenn die Junker ihm ihre Stütze entziehen.

So wird unsere Auffassung bestätigt, daß die Liberalen aus dem Zusammenbruch des Blocks nicht das geringste gelernt haben. Gestern haben sie auf Bülow gehofft, heute hoffen sie auf Bethmann. „Es hätte noch schlimmer kommen können“, tröstet sich die „Voss. Zig.“. Und wirklich, käme es nur auf die Liberalen an, so könnte es auch noch schlimmer kommen. Denn alles von oben hoffen, heißt, auf jeden Kampf verzichten, und heißt, den Junkern die Herrschaft über Deutschland uneingeschränkt ausliefern. Und doch ist ein Kampf gegen diese Herrschaft nie dringender gewesen als jetzt. Die Konservativen suchen bereits die Früchte ihres Sieges einzuharsten. Sie haben Bülow gestürzt, um jede Aenderung des Wahlrechts in Preußen zu verhindern, und nun fordern sie die Unterwerfung unter ihr Gebot. Klar spricht dies der konservative „Reichsbote“ aus:

„Zunächst wird man daraus die Erwartung schöpfen dürfen, daß der neue Reichskanzler sich auf das liberale Drängen auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht einlassen wird; die meisten Linksorgane bringen es ihm heute freilich wieder als angeblich dringende Aufgabe zur Vorgesandte dar und verraten damit auf neue ihre lebhafteste Sehnsucht nach Einführung des parlamentarischen Systems. Hiergegen ist aber ein grundsätzlicher Widerstand die einzige Abwehr.“

Herr von Bethmann hat als Feind des Reichstagswahlrechts debütiert. Aber die Liberalen wollen abwarten, statt zu kämpfen. Sie werden freilich lange warten müssen. Vielleicht gelingt es einem ausländischen Journalisten, den einzigen verantwortlichen Minister über seine Politik zu interviewen, und vielleicht erfährt so das deutsche Volk etwas von den Absichten, die der neue Mann mit ihm vorhat. Vielleicht aber auch nicht. Der Reichstag tritt ja erst im Spätherbst zusammen und bis dahin braucht das deutsche Volk nicht zu erfahren, was ihm bevorsteht. Und geschieht unterdessen zufällig ein Unglück, so mag es sich an dem Trost begnügen lassen: Es hätte ja noch schlimmer kommen können.

Oder vielleicht doch nicht?

## Die Presse über den Kanzlerwechsel.

Die „Germania“ beantwortet Bülows grimmige Anklage gegen das Zentrum und seine „Handlanger“, die Konservativen, mit der kochhaften Bemerkung:

„Der Erlanger Fürst Bülow scheint dem so oft von ihm zitierten Fürsten Bismarck auch darin nachahmen zu wollen, daß er „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herläuft“. Es ist sonst nicht üblich, daß Minister und Kanzler nach ihrer Entlassung öffentlich das Wort nehmen, um ihren Kerger über ihren Sturz auszulassen. Fürst Bülow aber hat schon in einer Reihe von Fällen entweder direkt zu Vertretern der Presse und zu dem Zweck der öffentlichen Verbreitung sich über die Gründe seines Abtritts usw. verbreitet, oder in offiziellen Blättern Artikel unterbringen lassen, die zweifellos auf ihn zurückzuführen waren. Bei den engen Beziehungen, die er lange Jahre zur Presse gehabt, und dem großen Werte, den er stets auf die Beeinflussung der Presse in einem ihm günstigen Sinne gelegt hat, ist das ja weiter nicht zu verwundern. Es ist nur bei uns bisher nicht so üblich gewesen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die an der richtigen Wiedergabe des Bülow-Interdiums gezweifelt hatte, kommt ihrem Versprechen, auf Bülows Auslassungen zurückzukommen, einstweilen nicht nach, obwohl der Wortlaut der Ausführungen Bülows, da er von keiner Seite richtig gestellt worden, jetzt als zweifellos authentisch gelten kann. Dafür rächt sich das Agrarierorgan durch

einen Artikel aus der Feder eines ehemaligen Vertrauten Bülows, der zwar die agrarischen Verdienste des von den Agrariern Gestürzten anerkennt, dabei aber in einer kühnen Analyse der Persönlichkeit und der Fähigkeiten des Erlangers mancherlei schlecht verhaltenen Spott einfließen läßt. Es heißt in dem Artikel:

„Fürst Bülow war in erster Linie Diplomat. Das zeigte er auch in der inneren Politik. Er war nicht der fortwährende Führer, der vorwärts drängende Pfadfinder, sondern der kluge, gewandte Vermittler, dessen Streben darauf ging, Gegensätze auszugleichen, Klüfte zu überbrücken, eine mittlere Linie zu suchen. Im Grunde seines Geistes und Herzens dachte und fühlte er konservativ. Daraus machte er kein Hehl. Aber sein Konservatismus war mit einem ziemlich starken Tropfen modernliberalen Geistes gesalbt; diese Beimischung war so stark, daß sie oft seiner politischen Anschauung das bestimmende Gepräge aufdrückte. Die meines Erachtens unmögliche „Vermählung“ des Konservativen mit dem liberalen Geiste war sein Ziel, lange bevor er die Blockpolitik äußerlich und tatsächlich begann. Die Vorgänge der letzten Wochen werden ihm gezeigt haben, daß dieses Ziel unerreichbar, ein Traum ist. Große (!) Persönlichkeiten pflegen zu scheitern, wenn sie aus ihrem Wesen herausgehen. Wäre Fürst Bülow auch bei der Finanzreform und bei der sogenannten Blockpolitik der Diplomate geblieben, hätte er die Parteikonstellationen mit dem ihm sonst eigenen Geschick und Wirklichkeitsfinne benützt, statt sich und seine Politik miteinander auf Geheiß oder Verdruss unlosbar zu verbinden, so würde er vielleicht nicht zu dem Entschlusse gekommen sein, den wir heute bedauern.“

Was von dem Politiker Bülow gesagt wurde, das gilt zum Teil auch von dem Redner Bülow. Seine unzweifelhaft große und seine Beredsamkeit ist nicht wuchtig, nicht fortwährend, nicht niederschmetternd, sondern weich und geschmeidig, fesselnd und gewinnend. Auch wenn er mit seinen und des Reiches schärfsten Gegnern die Klängen locuste, führte er nicht den dorthin Hieber oder den scharfen Säbel, sondern das elegante, feingeschliffene Floret. Trotzdem tut man ihm unrecht, wenn man ihn einen weichen oder gar weiblichen Redner nennt. Das eigentlich Süßliche, das sogenannte feminine ist seinem Wesen und seinen Reden fremd. Ihn anzuhören, ist auch für den Mann, den weibliches Wesen andwidert, ein ästhetischer Genuß. Als Redner sind Bismarck und Bülow Gegensätze: dort mühsames Ringen mit dem Worte, scharfgeprägte Wendungen mit Knorren und Ranken, Grollen und Wettern, — hier glatter Fluß, sein abgewogene Schöpfung mit netten Antithesen, — Spielen mit dem Worte!

Die beispiellose Bescheidenheit des Freisinnigen spiegelt sich in folgenden Ausführungen der „Freis. Zig.“:

Zur Höhe seines Ruhmes führte den Reichskanzler der Ausfall der letzten Reichstagswahlen, aber der Sieg, den die Politik des Fürsten Bülow damals errungen, trug bereits den Keim der späteren Niederlage in sich. Es ist hier nicht der Ort, über die nach den Wahlen von 1907 eingeleitete Blockpolitik ausführlich zu sprechen. Der Liberalismus hat, wie der Redner der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft bei den jüngsten Verhandlungen im Reichstage mit allem Nachdruck betont hat, keine Veranlassung, mit Bedauern auf die jetzt abgeschlossene Ära der Blockpolitik zurückzublicken; was in dieser Zeit unter Mitwirkung der Liberalen geschaffen worden ist, kann die Kritik in Ehren bestehen. Auf liberaler Seite ist man niemals darüber im Zweifel gewesen, daß die „konservativ-liberale Paarung“ nur eine Ehe auf Zeit sein konnte. Aber was dem Fürsten Bülow untergessen bleiben soll, ist, daß er die Gleichberechtigung der Liberalen Staatsauffassung anerkannt und daß er zum Teil mit gutem Erfolg verfuhr hat, dem Liberalismus in der Gesetzgebung und in der Verwaltung die ihm gebührende Stellung einzuräumen.“

Klingt nicht durch diese Verherrlichung der Blockära, diesen Preisgesang auf den den Liberalismus mit „gutem Erfolg“ protegierenden Blockkanzler eine wehmütige Sehnsucht nach den schönen Tagen, wo sogar freisinnige Parlamentarier mit dem roten Adlerorden vierter Klasse beglückt wurden?

## Die Lockspitzel-Exzellenz in Berlin.

Die Entlassung des Chefs der russischen Auslandspolizei Harting hat die Frage aktuell gemacht, in welchem Maße die Regierung der Staaten, die der russische Spitzelgeneral und Probokateur mit seiner Anwesenheit beglückte, das schändliche Treiben der russischen Geheimpolizei förderten und begünstigten. Nicht nur im verbündeten Frankreich, auch in Belgien und vor allem in Deutschland konnte Harting seine intensive Tätigkeit entfalten, die einen ausgeprägt verbrecherischen Charakter trug.

Die offiziöse „Nowoje Wremja“, deren Informationen offenbar aus bestunterrichteten Quellen stammen, teilt mit, daß Harting sich während seiner Anwesenheit in Berlin „in beständigen Beziehungen mit den deutschen Behörden“ befand. Diese Mitteilung bestätigt die Richtigkeit der Anklagen, die der „Vorwärts“ im Jahre 1904 gegen die russische Spitzelwirtschaft in Deutschland erhob, die bald darauf den Gegenstand der Verhandlungen im Reichstage bildete. Am 3. Januar 1904 schrieb der „Vorwärts“ unter der Spitzmarke „Preußen“ — eine russische Spitzelprovinz — über Harting folgendes:

„Der Oberspitzel ist ein Herr, der von seinen Untergebenen ehrfurchtsvoll als „Exzellenz“ angeredet wird. Sein Gehalt, das er von der russischen Regierung bezieht, ist in der Tat das einer Exzellenz, er bekommt jährlich 38 000 M., also genau so viel, wie ein preussischer Minister.“



Wetter wird in dem Artikel auf die Agenten und die hervorragendsten Laten Hartings hingewiesen. Da figurieren solche Ehrenmänner, wie Michel, genannt Baron oder Graf, Karl Wolk, genannt Hanfen, Neuhans, genannt Seltmann usw., die von der russischen Regierung einen Monatsgehalt von 125 bis 600 M. beziehen. Die hervorragendste Tat, die der Spitzel vollbrachte, war der Einbruch in die Wohnung des russischen Genossen Dr. v. Wettschloff in Gernsdorf, der zu Spionagezwecken unternommen wurde. Diese Angaben des „Vorwärts“ wurden nicht dementiert. Am 19. Januar wurde im Reichstage über folgende sozialdemokratische Interpellation verhandelt:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die russische Regierung im deutschen Reichsgebiete Polizeiaagenten zur Überwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zwecke russische Polizeiaagenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andere Personen zu Verbrechen zu bestimmen?“

Genosse Gaase schilderte im Anschluß daran die Ausbreitung des russischen Spitzelwesens in deutschen Städten, das Treiben dieser erbärmlichen Subjekte, die in die Wohnungen eindringen, zu Postfälschungen provozieren, Postbriefe und Drucksachen untersuchen. Er wies darauf hin, daß deutsche Behörden mit diesen Spitzeln in Verbindung traten; daß Grenzzollbehörden, Polizeibehörden, Justizbehörden, Universitäten Mitschuldige wurden an der schmachvollen Tätigkeit der russischen Spitzel. Staatssekretär Freiherr v. Nitzschhofen, der die Interpellation beantwortete, blieb seinen früheren Erklärungen treu und verherlichte den Ruffendienst im gesamten Umfange. Am 19. März 1903 hatte er sich dahin geäußert, daß die russische Polizeiwirtschaft in Deutschland von der Regierung „gerne gestattet“ wurde. Und am 19. Januar 1904 erklärte er:

„Dem Reichskanzler ist bekannt, daß ein zur hiesigen russischen Botschaft gehöriger russischer Beamter von seiner Regierung damit betraut ist, das Tun und Treiben der russischen Anarchisten (1), die sich in Deutschland aufhalten, zu beobachten und die russische Regierung darüber fortlaufend zu unterrichten. ... Eine Beseitigung des bestehenden Zustandes erscheint dem Reichskanzler nicht angezeigt.“

Denselben Standpunkt vertrat Bülow am 29. Februar im Reichstage, als diese Angelegenheit nochmals zur Sprache gebracht wurde. Er trieb die ... Offenherzigkeit soweit, die Geheimnotizen des Fürsten Bismarck aus den achtziger Jahren zu zitieren, um, entgegen der irtümlichen Verungung auf Bismarck, nachzuweisen, daß auch Bismarck, um die Gunst des Zaren zu erwerben, schmachliche Ruffendienste geleistet hatte (Auslieferung von Leo Deutsch und Stanislaus Mendelssohn). Mit vollem Recht konnte hierauf Genosse Gaase erklären:

„Es ist unabweislich festgestellt worden, daß in Berlin eine russische Spionageorganisation existiert. Nur Herr v. Hammerstein (preussischer Minister des Innern) weicht nicht davon. Ich habe ihm die Namen der Agenten genannt, er hat aber die Augen dagegen geschlossen, er will sie nicht sehen, oder er soll sie nicht sehen, dafür sprechen die Ausführungen des Reichskanzlers.“

Im Jahre 1905 verlieh Harting Berlin, nachdem er für seine Verdienste, die er sich in Deutschland, namentlich als leitender Geist des Königsberger Prozesses, erworben, den Orden des heiligen Wladimir und das Anrecht auf den Titel Erzengel empfangen hatte. Wie die „Nowoje Wremja“ mitteilt, suchte er eine selbständige Tätigkeit und richtete seine Blicke nach Paris, dem Zentrum der russischen Detektivpolizei. Aber auch seine Tätigkeit in Berlin war nicht spurlos verstrichen. Die halbe Million, die er jährlich hier aufwendete, sicherte ihm genügend „Seide für seine Zwecke“. Was von seinem verbrecherischen Treiben in die Öffentlichkeit drang, bildet wahrscheinlich nur einen kleinen Bruchteil seines Wirkens zu Ruh und Frommen der internationalen Rodspitzelei.

Interessant ist auch, was das „Berliner Tageblatt“ über die Beziehungen Hartings zu Kiew berichtet. Kiew hielt sich, wie der „Vorwärts“ übrigens seinerzeit festgestellt hatte, häufig in Berlin auf. Er hatte oft heimliche Besprechungen mit Harting, in denen er ihm Material über die in Berlin lebenden Russen auslieferte. Kiew hat unter dem Protektorat Hartings unter den Russen eine terroristische Propaganda getrieben, um die Beteiligten in den Augen der Berliner Polizei zu kompromittieren und Gründe zur Ausweisung zu schaffen. Es ist sicher, daß Kiew mit Harting in Berlin Bomben fabrizierte und einige Mitglieder der russischen Kolonie hierzu herangezogen hat. ... Hartings Hauptziel bestand darin, die Russen in ganz Europa zu kompromittieren, damit sie nirgends eine Zufluchtsstätte haben könnten. Berlin wählte er als seinen Wohnsitz lediglich deshalb, weil er hier für seine Intrigen den besten Boden zu finden hoffte.

Man wird abwarten müssen, wie die deutsche Regierung es zu rechtfertigen versuchen wird, dieses Rodspitzeltreiben geduldet zu haben. Jedenfalls wird dafür gesorgt werden müssen, daß im Reichstag dieser Skandal zur Sprache kommt.

## Heiteres und Weiteres.

Der Artikel des „Vorwärts“: Au waih, ich habe gewonnen, hat auf die Wahrscheinlichkeit der „Freisinnigen Zeitung“ leider keinen günstigen Einfluß geübt. Sie antwortet darauf unter anderem: „Herr Wehring hat offenbar „vergessen“, daß er seine letzte Vorstrafe vor einigen Jahren als Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung“ erhalten hat und daß die vorhergehenden aus einer Zeit stammen, nämlich aus dem Jahre 1890, in der Herr Wehring zwar Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ war, aber im schärfsten Gegensatz zu der damaligen Deutsch-freisinnigen Partei stand, so daß er deswegen kurze Zeit nachher die Redaktion niederlegen mußte.“

Selbst wenn diese Behauptungen wahr wären, so würden sie nichts an dem Tatbestand ändern, der die ganze Affäre über den Rang eines gleichgültigen Bagatelprozesses heraushebt. Es bliebe dabei, daß die freisinnigen Herren Lewin, Kopsch und Wugdan politische Vorstrafen eines Prozeßgegners in moralisch herabsetzender Weise demütigen haben, um ihn ins Gefängnis zu bringen. Aber da die Behauptungen der „Freisinnigen Zeitung“ erfunden worden sind, um den prinzipiellen Punkt der Sache zu verschleiern, so muß ich schon darauf eingehen.

Um bei dem Ende zu beginnen, daß ich nämlich die „Berliner Volkszeitung“ im schärfsten Gegensatz zu der damaligen Deutsch-freisinnigen Partei redigiert haben soll und deswegen die Redaktion habe niederlegen müssen, so will ich den damaligen Vorsitzenden des Ausschusses der „Berliner Volkszeitung“ sprechen lassen, den Reichstagsabgeordneten Otto Hermes, der in jener Zeit an der Spitze der Deutsch-freisinnigen Partei stand, wie er heute an der

Spitze der freisinnigen Volkspartei steht. Er schrieb am 6. Oktober 1890 in einem Privatbriefe (die Sperrungen rühren von mir her):

„Auf Ihre gest. Anfrage vom 3. Oktober erlaube ich mir ergehen zu erwidern, daß wir Herrn Ledebour aus Gründen gelindigt haben, welche mit dem Falle Lindau gar nichts zu tun haben. Herr Wehring hat seine Stellung zum 1. April nächsten Jahres gelindigt, ohne die Gründe dafür dem Ausschusse mitzuteilen. Die Notiz im „Börsen-Courier“ ist falsch. Der Kurs der „Volks-Zeitung“ bleibt der alte, und ich hoffe, daß auch Herrn Wehrings Kraft nach dem 1. April der Zeitung erhalten bleibt. Ich werde dieserhalb schon morgen mit ihm verhandeln und denke, daß er bereit sein wird, als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. Ich bitte Sie also, Ihr Interesse der „Volks-Zeitung“ nach wie vor zu erhalten. Die Differenzen, welche kürzlich unter den Redakteuren — wie ja manchmal unabweislich — eintraten, sind ausgeglichen, und bald werden Sie sich überzeugen, daß die schneidige Haltung keine Einbuße erlitten hat.“

Und am 11. Oktober erklärte derselbe freisinnige Herr Hermes als Vorsitzender des Ausschusses öffentlich (die Sperrungen rühren von mir her):

„Gegenüber den in der Presse verbreiteten Gerüchten setzen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß ein Personenwechsel in der Redaktion der „Volks-Zeitung“ nicht stattgefunden und die bisherige redaktionelle Haltung das zum 1. April 1891 erfolgende Ausscheiden von zwei Redakteuren nicht herbeigeführt hat. Die bisherige Tendenz der Zeitung wird unverändert bleiben.“

Noch mehr! Da der Ausschuss meine redaktionelle Tätigkeit durch eine Reihe von Maßregeln (Sperrung der Redaktions-Korrespondenz, Kaffierung vor mir in Druck gegebener Artikel u. a. m.) lähmte, so litt darunter die „bisherige Tendenz“ der Zeitung, worüber Herr Hermes seiner sittlichen Entrüstung am 13. Oktober in einem Privatbriefe folgenden Ausdruck gab (die Sperrungen rühren von mir her):

„Wenn Sie finden, daß eine abgeschwächte Haltung in der Zeitung zum Ausdruck kommt, so ist der Ausschussrat außer Stande, etwas anderes zu tun, als Herrn Dr. Wehring darauf aufmerksam zu machen. Das ist auch geschehen. Sie können nunmehr nicht den Ausschussrat, sondern nur Herrn Dr. Wehring für den Lenor der Zeitung verantwortlich machen. Herr Dr. Wehring hat es abgelehnt, nach dem 1. April 1891 mit der Zeitung noch in irgend einer Verbindung zu bleiben.“

Und mit alledem noch nicht genug! Da die Klagen der Leser über die „abgeschwächte Haltung“ der Zeitung nicht aufhörten, so teilte mir Herr Hermes am 18. November mit, der Ausschussrat erhöhe mich meiner Tätigkeit, weil ich die mir obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllte. Zugleich sperrte mir der Ausschussrat das mir bis zum Ablauf meiner Abfertigungsfrist zustehende Gehalt. Wenn sich nun ein Mann von dem feinen und sichern Rechtsgefühl des Herrn Hermes zu dieser rechtswidrigen Handlung, von der ich ihn übrigens alsbald durch ein gerichtliches Urteil kurierte, hinreißen ließ, aus lauter Kummer darüber, daß ich die „bisherige Tendenz“ der „Volksztg.“ angeblich abgeschwächte, so ist damit die eine Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“ als dreiste Lüge erwiesen.

Die andere Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“ geht dahin, ich hätte vor Gericht meine Leipziger Vorstrafe „vergessen“. Es tut mir leid, daß sie auch dadurch den berühmten Ruf ihrer Wahrheitsliebe schmälert. Ich habe, als mich der Vorsitzende des Schöffengerichts nach meinen Vorstrafen fragte, ausdrücklich erklärt, ich sei vor zwanzig Jahren mehrmals und vor zwei Jahren einmal gerichtlich bestraft worden. Das war ein ganz überflüssiger Akt von Grobmut, da ich durchaus nicht verpflichtet war, meine Vorstrafen anzugeben. In der Tat zog es der Vorsitzende vor, sie aus den Akten festzustellen, wobei er sich auf die fünf oder sechs Fälle beschränkte, in denen ich als Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ wegen politischer Kritiken reaktionärer Regierungsmassregeln, die von irgendwelchen Behörden als „Beleidigungen“ verfolgt wurden, zu Geldbußen verurteilt worden war. Einzig und allein von diesen Vorstrafen ist in der Verhandlung gesprochen worden; auch die Gegenpartei hat den Leipziger Fall gar nicht erwähnt und ebenso lehnte das Schöffengericht den Antrag des Justizrats Lewin, wegen meiner zahlreichen Vorstrafen auf Gefängnis zu erkennen, mit der Begründung ab, um zwanzig Jahre zurückliegende Vorstrafen könnten nicht als erschwerender Umstand gelten.

Doch selbst wenn der Leipziger Fall, den ich, wie gesagt, allein in den Verhandlungen erwähnt habe, während weder das Gericht noch die Gegenpartei sich darauf berufen haben, mit herangezogen würde, so ist damit natürlich wieder nichts an der Tatsache geändert, daß die freisinnigen Herren Lewin, Kopsch und Wugdan eine Reihe von politischen Verfolgungen, denen ich im Dienste ihrer politischen Richtung vor zwanzig Jahren ausgesetzt gewesen bin, zu meiner moralischen Herabwürdigung benutzt haben, um mich ins Gefängnis zu bringen; Herr Lewin sprach davon, ich sei ein Geschwür am Leben des Volkes, das ausgeschnitten werden müsse; kein ehrbarer Staatsbürger könne mehr ruhig schlafen, aus Angst, mit dem Morgengrauen von mir moralisch geschlagen zu werden und was solcher sittlichen Empörung mehr war, die beiläufig diesen prächtigen Herrn nicht geschindert hat, noch achtundbierzig Stunden früher in dringlichster Weise Vergleichsverhandlungen mit dem „Geschwür“ zu betreiben.

Gewiß will ich diese Leute nicht wieder beleidigen und erkenne gern an, daß sie getan haben, was sie für anständig halten. Dadurch wird aber wiederum nichts an der Tatsache geändert, daß die von ihnen beliebte Kampfmethode bisher in allen Parteien bis in die reaktionärsten hinein als ehrlos gegolten hat. Insofern erinnert die „Freisinnige Zeitung“ mit Recht an den Leipziger Fall, als selbst Herr Liman sowohl stillschweigend auf die moralische Verwertung meiner politischen Vorstrafen, als auch mit ausdrücklichen Worten auf jeden Antrag wegen des Strafmaßes verzichtet hat.

Aber vielleicht hat die ehrenvolle Auszeichnung, deren Herr Liman jüngst gewürdigt worden ist, die Herren Kopsch, Wugdan und Lewin angepörrt zu zeigen, daß sie mehr können als Liman.

J. Wehring.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juli 1906.

### Freiherr von Rheinbaben als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums.

Herr Delbrück ist zwar zum Staatssekretär des Innern, aber bisher nicht zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ernannt worden. Bisher war v. Wehmann Holweg zugleich auch Vizepräsident. Jetzt ist dieser Posten einstellend verwaist. Die Entscheidung über seine Nachbesetzung soll vertagt sein, und zwar wird angenommen, daß diese Vertagung erfolgt ist, weil Herr v. Rheinbaben bei der Ernennung der neuen Staatsmänner übergegangen worden ist. Freiherr v. Rheinbaben fühlte sich schon übergegangen, als im Juni 1907 v. Wehmann Holweg zum Vizepräsidenten befördert wurde. Damals wurde ihm ein Zeichen der per-

sönlichen Anerkennung des Kaisers zuteil und somit ein Pfaster auf die brennende Wunde gelegt. Diesmal rechnet er mit Bestimmtheit darauf, daß ihm und nicht Herrn Delbrück das Vizepräsidentium übertragen wird.

### Ein Brandmal!

Mitte Oktober 1905 veröffentlichte die „Essener Volkszeitung“, das Zentrumsorgan im Wahlkreis des Abgeordneten Giesberts, einen Artikel über die damals verhandelte Reichssteuerreform. Darin hieß es:

„Justitia regnorum fundamentum! Wenn man diesen Wahlspruch auch in Steuerfragen gelten lassen wollte, müßte es ein Leichtes sein, der jetzigen Finanzlaminität des Deutschen Reiches ein Ende zu machen. Man brauchte nur einmal die Leistungsfähigen in mäßigen Grenzen für die Reichsbedürfnisse heranzuziehen und sofort wäre alle finanzielle Not des Reiches verschwunden. Anstatt eine solche Lösung zu suchen, hat man sich bisher in den maßgebenden Reichsämtern und Finanzministerien der Bundesstaaten in der Hauptsache nur bemüht, im alten Gleise der mehr oder minder als Kopfsteuern wirkenden Finanzzölle und Verbrauchsabgaben eine Erhöhung der Reicheinnahmen zu suchen. Immer wieder wird an diesen Stellen der Versuch gemacht, die steigenden Reichsausgaben für Heer, Flotte, Kolonien, Pensionen und Verzinsung der Reichsschuld auf die große Masse des um sein täglich Brot arbeitenden Volkes in Form von Bier-, Branntwein- und Tabaksteuererhöhungen abzuwälzen, während man niemals einen Versuch macht, die großen Einkommen und Vermögen zu entsprechenden Leistungen für die Reichsbedürfnisse heranzuziehen.“

Der Artikel hebt sodann hervor, daß im Jahre 1900 das Zentrum bereits den Vorschlag einer Reichserbschaftsteuer gemacht habe; sodann folgt eine Berechnung, was das Reich an Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien leiste und was jetzt wieder an neuen Bedürfnissen verlangt werde, worauf es dann heißt:

„Die stärkere Belastung der Verbrauchs- und Genussmittel der breiten Volksmassen ist ver-sperrt. Mit Ausnahme der Konserwativen, Freikonserwativen und eines Teiles der Rationalliberalen haben sich die Parteien vor den Wahlen gegen eine noch weitergehende Belastung dieser Steuerobjekte ausgesprochen, daß sie eine solche nur noch ablehnen können. Diese Ablehnung ist gegenüber dem beliebten System, die Kapital-trägigen zu schonen und die Leistungs-unfähigen über Gebühr zu belasten, durchaus am Platz!“

Es folgt darauf eine Berechnung, in welchem Maße die indirekten Steuern die verschiedenen Bevölkerungsklassen belasten, wobei festgestellt wird, daß „die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerung vorzugsweise belastet sind, die entsprechenden Bedürfnisse der Reichen wenig oder gar nicht“, daß z. B. der Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 940 M. 5 Proz. seines Einkommens an indirekten Reichsteuern und Finanzzöllen auf Nahrungs- und Genussmittel zahlt, der Kapitalist mit einem Einkommen von über 120 000 M. jährlich noch nicht einmal  $\frac{1}{100}$  Proz. Der arme war also — so heißt es wörtlich — für das Reich im Verhältnis zu seinem Einkommen genau 100mal so hoch besteuert als der Reiche.“

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die erhöhten Anforderungen, die die Weltpolitik an das Reich stelle, wieder zur Verschärfung größerer Einnahmen zwingen, und es entsteht die Frage, wer diese neuen Lasten tragen solle:

Sollen auch diesmal wieder die Leistungsfähigen, der Großbesitz, die Großindustrie und das Großkapital leer ausgehen, soll die Last auch jetzt wieder den Enterbten, Besitzlosen, im Kampfe um die tägliche Existenz Ringenden nahezu ausschließlich auferlegt werden oder werden die Verbündeten Regierungen einen Weg finden, dem Wahlspruch folgend: Justitia regnorum fundamentum?“

So das Essener Zentrumsblatt im Oktober 1905. Und vier Jahre später arbeitet der Vertreter des Essener Wahlkreises im Verein mit seinen Gesinnungs- und Parteigenossen daran, den Enterbten, Besitzlosen, um ihr täglich Brot Ringenden eine Last aufzuerlegen, die alles bisher auf diesem Gebiete Gewohnte übersteigt. Jeder Satz, jedes Wort des damaligen Artikels in dem Essener Zentrumsblatte bedeutet ein Brandmal im Gesicht derer, die in diesen Tagen an dem schmachvollen Arbeiter- und Volkserrat mitgewirkt haben.

### Als Streber und Intriganten

Charakterisiert der Führer der Freikonserwativen, Freiherr v. Redlich und Neukirch, also sicherlich ein Eingeweihter, die führenden Staatsmänner des Reiches. So schildert er die Situation bei Bülow's Antritt der Kanzlerschaft im Jahre 1900 folgendermaßen:

„Dazu in Preußen Riquel, dessen heiserer Drang zur Herrschaft in umgekehrtem Verhältnis zu seiner rasch abnehmenden Kraft stand, und im Reiche Graf Poldawsky, dessen Ehrgeiz, nachdem er sich mit bemundenswerter Willens- und Arbeitskraft von einem mittelmäßigen Landesdirektor zum Vizekanzler emporgearbeitet hatte, ihn nach der höchsten Stellung streben ließ.“

Riquels entledigte sich Fürst Bülow, indem er ihm die von ihm dringend gewünschte Gelegenheit bot, sich durch eine zweite Anlaufkampagne das in der ersten verlorene Vertrauen des Kaisers wiederzuerwerben. Der voraussetzende Widerstand mußte notwendig Riquels Sturz nach sich ziehen. Graf Poldawsky hatte die Vorbereitungen für die Erneuerung der Handelsverträge im hochschützöllnerischen Sinne wohl in der Hoffnung geleitet, als Vertrauensmann der Landwirtschaft und schweren Industrie sich für die Nachfolge Hohenlohes zu empfehlen. Als diese Hoffnung unerfüllt blieb, warf er die Hochschützöllnererei, als nunmehr unnützen Ballast, entlassen über Bord und schwenkte bis zu deren gänzlicher Verleugnung in die von dem Kanzler vorgezeichnete gemäßigt schützöllnerische Richtung ein, um sich für künftige Fälle, getragen von dem Vertrauen der „regierenden“ Partei, möglich zu erhalten. Als so die Wahn frei war, hat Fürst Bülow die Leitung der inneren Politik im Reiche wie in Preußen kräftig in die Hand genommen.“

Eine nette Schilderung aus so eminent staatsbehaltendem Mund!

### Der Handlanger bei der Umsturzvorlage als Kultusminister.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Am überraschendsten aber hat die Besetzung des Kultusministeriums durch den königlich preussischen Kammerherrn und brandenburgischen Oberpräsidenten v. Traut zu Solz



auf die Öffentlichkeit gewirkt. Ob er bisher die geringsten Beziehungen zu den geistlichen, Unterrichts- und Medizinangelegenheiten gehabt hat, mögen andere zu untersuchen sich bemühen. In politischer Hinsicht ist er wenigstens so weit bekannt, daß er, wie wir schon erwähnten, 1895 die vom Reichstage abgelehnte Umzugsvorlage bearbeitete und im Reichstage vertrat, was nicht jedermann als die geeignete Vorbildung für einen preussischen Kultusminister anzusehen geneigt sein würde.

Die Stadt und Hölle haben also offenbar einen würdigen Nachfolger gefunden!

### Sächsische und preussische Konfervative.

Die sächsischen Konfervativen können sich mit der politischen Taktik ihrer preussischen Gesinnungsgenossen noch immer nicht abfinden. In der letzten nur Mitgliedern zugänglichen Versammlung des Dresdener Konfervativen Vereins wurde, wie die „Frank. Zig.“ mittelst, nur mit Mühe eine scharfe Erklärung gegen die preussischen Konfervativen wegen ihrer Stellung zur Reichsfinanzreform verhandelt. Man gibt sich ersichtlich alle Mühe, eine weitere Verschärfung des zwischen preussischen und sächsischen Konfervativen hervorgetretenen Gegensatzes zu vermeiden. Es ist jedoch fraglich, ob es möglich sein wird, eine Erörterung dieses Gegensatzes in der Ende dieses Monats stattfindenden Landesversammlung zu verhindern.

### Württemberg's Finanzlage.

Ebenso wie das Reich leiden auch die Einzelstaaten unter fast frostlos zu nennenden finanziellen Verhältnissen. Das kommt gegenwärtig bei der Beratung des Etats im württembergischen Landtag besonders stark zum Ausdruck. Da die Etatsberatung jetzt ihrem Ende zugeht und über die Belastung der Einzelstaaten durch die Reichsfinanzreform Klarheit besteht, so ist der Zeitpunkt gekommen, zu bestimmen, in welchem Maße die Einkommensteuern und die Ertragssteuern erhöht werden müssen, um die Staatseinnahmen auf die durch die beschlossenen Ausgaben bedingte Höhe zu bringen. Bei der Beratung dieser Frage in der Zweiten Kammer sollte der Finanzminister v. Gehler zunächst mit, daß er dem Landtage in wenigen Tagen eine Vorlage bezüglich Erhöhung der Biersteuer entsprechend den Beschlüssen des Reichstages zugehen lassen werde. Dann entwarf er ein trostloses Bild von den verminderten Steuereinnahmen in der Etatsperiode 1909/10. Da eine schlechte Ernte zu erwarten sei und auch keine Besserung der industriellen Verhältnisse in Aussicht stehe, so werde man vermuthlich weniger Einnahmen haben als in den Etat eingestellt seien. J. B. hat die Grundstückssteuer im Rechnungsjahre 1908 nur 2821 000 Mark gebracht, während sie mit 3 250 000 M. eingestellt war. Infolgedessen mußte auch für den Etat 1909/10 eine weitere Herabsetzung des Ertrages vorgenommen werden. Die Malzsteuer wies im Jahre 1908 einen Rückgang von 1 094 000 M. gegen das Vorjahr auf, so daß ihr Ertrag für 1909/10 um weitere 1 800 000 M. heruntergesetzt werden mußte. Dadurch wird es immer zweifelhafter, ob mit der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der Einkommensteuer und der Ertragssteuern um 10 Prog. wieder auszukommen sein, obgleich bereits diese Erhöhung, namentlich in den unteren und mittleren Steuerstufen, sehr schwer empfunden werden wird.

Der Berichtsteller der Finanzkommission, Genosse Dr. Lindemann, stellte infolgedessen den Antrag, bei der beabsichtigten Steuererhöhung eine Abkürzung in der Art einzutreten zu lassen, daß die unteren Stufen von der Erhöhung freibleiben und die mittleren in geringerem Verhältnis herangezogen werden als die großen Einkommen. Der Minister äußerte Bedenken gegen diese Anregung. Die Entscheidung darüber wurde zurückgestellt, bis eine genaue Feststellung über die Höhe des Staatsbedarfs vorliegen wird. In den nächsten Tagen wird das der Fall sein.

### Ein widerliches Schauspiel.

Die feige Heuchelei der bürgerlichen Parteien — allen voran das Zentrum — hat sich so recht wieder in ihrer Stellungnahme bei Erhöhung der Beamtenbeholdung gezeigt. Erst wurde die Vorlage der Regierung in der Kommission als durchaus unzureichend bezeichnet, und es wurden die Gehaltsätze erhöht, wobei dann in unehrlicher Weise berechnet wurde, daß von der Erhöhung der größere Prozentsatz auf die Unterbeamten entfällt. Dieses falsche Bild entstand, indem verschwiegen wurde, daß die Zahl der Unterbeamten viel größer ist als die der mittleren und oberen. Auf den Kopf umgerechnet, beträgt die Erhöhung des Gehalts für den Unterbeamten jährlich etwa 168 M. und steigt bei der obersten Beamtenklasse bis zu 1100 M.

Als die Regierung wegen der in der ersten Lesung der Kommission über die Regierungsvorlage hinaus vorgenommenen Gehaltssteigerungen Einspruch erhob, fielen die Mehrheitsparteien glatt um; der Abgeordnete Erzberger machte die tollsten Kapriolen und bewies mit der an ihm gewohnten „logischen Schärfe“ das Gegenteil von dem, was er früher als das allein Richtige und Notwendige erklärt hatte.

Diese in der Kommission aufgeführte widerliche Komödie hat den Herren so gut gefallen, daß sie sie auch im Plenum des Reichstages vor der breitesten Öffentlichkeit zu wiederholen sich nicht ver sagen konnten. Am Montag wurden die Kommissionsbeschlüsse der ersten Lesung in drei namentlichen Abstimmungen wiederhergestellt und am Dienstag mit der gleichen Verbe wieder aufgehoben! Als „Grund“ für den Umfall wurde hier wie dort angegeben, daß die Regierung sonst die ganze Vorlage würde scheitern lassen. Sei der Erbschaftsteuer haben die Herren die Regierung bekanntlich nicht ernst genommen und auf deren Drohung geschrien. Wie recht sie von ihrem Standpunkt aus hatten, das hat die Erfahrung gelehrt. Aber angenommen, sie glaubten wirklich an den Ernst der Drohung und sie fühlten nicht die Kraft in sich, einen Tanz mit dieser geschundenen und gestäubten Regierung zu wagen, wozu war es dann notwendig, die Komödie im Plenum zu wiederholen? — Doch nur, weil man seine angebliche Beamtenfreundlichkeit in eine gute Beleuchtung rücken und den Beamten weismachen wollte, daß man sich — mit dem bekannten schweren Herzen natürlich — einem Zwange der Regierung habe fügen müssen!

Von dieser Fiktion ausgehend, haben auch die Herren Gewerkschaftsbeamten im Zentrum und ihr evangelischer Kollege Herr Behrens geglaubt, für die Aufhebung der von ihnen tags zuvor mitbeschlossenen Gehaltssteigerung für eine Reihe schlecht besoldeter Unterbeamten stimmen zu sollen. Selbst den Polen, von denen man doch eigentlich eine besondere Vorliebe für die deutschen Beamten nicht verlangen kann angesichts der Behandlung, die sie von ihnen vielfach — wenn auch auf Geheiß der preussischen Regierung — erfahren, selbst den Polen verbot es die Achtung vor sich selber, es dem Zentrum, den Konfervativen und Nationalliberalen gleichzutun; sie enthielten sich wenigstens der Stimme.

Wenn den Beamten angesichts jener neuesten Vorgänge die Augen noch immer nicht auf- und übergegangen sind, wenn sie noch immer nicht wissen, wo ihre wirklichen Freunde und wo ihre schändlichen und darum doppelt gefährlichen Feinde sitzen, dann ist ihnen in der Tat nicht zu helfen.

### Die Tabaksteuer und die Tabakfabrikanten.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ einen Aufsatz, wonach die Nordhäuser Tabakfabrikanten von den Arbeitern verlangten, die Arbeitszeit um zwei Stunden zu verlängern, um dadurch der Nachverfolgung zu entgehen und dann auf die Löhne zu drücken, wenn die Läger von fertigen Fabrikaten vollgestopft sind.

Den Arbeitern ist es gelungen, dieses Ansinnen abzuschlagen. In sämtlichen Fabriken wurden am Dienstag Kommissionen vorstellig und gaben unweidlich auf zu verstehen, daß sie es ablehnen, totenlos zuzugehen, wie ihnen ihr Grab gegraben werde. Wohl oder übel mußten die Fabrikanten einlenken. Sie zogen ihr Verlangen zurück, und es bleibt bei der bisherigen 10stündigen Arbeitszeit.

### Ausnahmerecht gegen Sozialdemokraten.

Dem Metallarbeiterverbande, Ortsverwaltung Braunschweig, ist ein Festzug durch die Straßen der Stadt von der Polizeidirektion Braunschweig mit der folgenden „Begründung“ verboten worden:

„Braunschweig, den 22. Juni 1909. Auf die dringende Eingabe vom 19. d. Mts.: Da nach den Vorgängen am 22. Januar d. J. (Wahlrechtsdemonstration) bei Veranstaltung öffentlicher Aufzüge von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei wegen der zu besorgenden Ausschreitungen und Verkehrsstörungen Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, kann die von Ihnen namens des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dessen Mitglieder vorzugsweise der sozialdemokratischen Partei angehören, beantragte Erlaubnis zur Veranstaltung eines Aufzuges auf öffentlichen Straßen der hiesigen Stadt am Nachmittage des 18. Juli cr. nicht erteilt werden.

v. d. Busch.“

Der Metallarbeiterverband ließ es bei dieser Abweisung nicht betenden. Er glaubte nicht, daß dieser Bescheid mit seiner Begründung vor den Richtern bestehen würde. Das Verwaltungsgericht als oberstes Gericht des Herzogtums hat ihn jedoch eines anderen belehrt. Am Mittwoch, den 14. d. M., hatte es sich mit der Klage des Metallarbeiterverbandes zu beschäftigen. Der Regierungsrat Sommer als Vertreter der Polizeidirektion begründete den Standpunkt der Polizeidirektion mündlich folgendermaßen: Partei und Gewerkschaften seien eins, das habe erst kürzlich Genosse Niels noch in der Stadtverordnetenversammlung erklärt. Mitglieder des Metallarbeiterverbandes seien auch bei der Wahlrechtsdemonstration beteiligt gewesen. Der Metallarbeiterverband halte seine Versammlungen in demselben Lokale ab wie die Partei; er lasse sich auch von Sozialdemokraten Vorträge halten; ja der Geschäftsführer des Verbandes sei selbst Sozialdemokrat, der Agitationsreden halte und auf sozialdemokratischen Parteitag als Delegierter fungiere. Da an dem Umzuge wohl tausend Personen teilnehmen würden, so sei der Umzug als Demonstration zug zu betrachten.

Wurde gehört von dem Metallarbeiterverbande in Braunschweig leider nur ein Drittel der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder an, allein es handelt sich ja bei der Ablehnung des Festzuges überhaupt nur darum, die Masse der Arbeiter von der Straße fernzuhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus lieh sich denn auch zweifellos das Gericht leiten, es machte sich die „Begründung“ des Regierungsrats zu eigen und wies die Klage ab.

Genosse Fischer hatte vollkommen recht, als er am Dienstag im Reichstage behauptete, daß die braunschweigische „Freiheit“ der medienburgischen in nichts nachstehe.

### Er kann weiter prüfeln!

Vor dem Kriegsgericht in Thorn war am 14. Juli der Sergeant Thomas Schott von der 8. Kompanie 176. Infanterie-Regiments wegen Mißhandlung Untergebener in 33 Fällen, sowie wegen vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen und wegen Annahme einer Befehlsbefugnis angeklagt. Die Beweisaufnahme ergab, daß er einmal einen Musketier mit der Faust einen solchen Stoß vor die Brust versetzte, daß derselbe zur Erde fiel. Einen anderen Untergebenen hat er mindestens zehnmal geschrieft und fünfmal Fußtritte gegen das Gesicht verdrückt. Mehrfache Mißhandlungen erlitten auch andere Leute. In diesen Ausschreitungen gestellten sich noch einige besonders schlimmer Natur. Als Schott einmal auf einer Stufe einen dorthin nicht gehörigen Spaten vorwand, ergriff er diesen und schlug dem Musketier Schäfer mit dem Spatenstiele siebenmal über den Rücken. Ein anderer Musketier wurde von Schott mit dem Seilengewehr-Loppel, und zwar mit dem Schnallenende, ins Gesicht geschlagen. Beim Unterricht warf der Angeklagte ein Buch gegen die Leute. Die Annahme einer Befehlsbefugnis bestand darin, daß er eine Korporalschaft eigenmächtig selbstmännlich antreten ließ. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Schott drei Monate Gefängnis und Degradation. Der Gerichtshof erkannte auch auf diese Gefängnisstrafe, nahm aber mit Rücksicht auf die bisherige sehr gute Führung des Angeklagten von der Degradation Abstand!

### Brotversorgung an der deutsch-französischen Grenze.

In Kamey an der lothringisch-französischen Grenze wurde der Brotpreis am 12. Juli abermals um 4 Pf. pro Loib erhöht. Jetzt beträgt der Preis unterschied zwischen dem Brot in Frankreich und in Lothringen 82 Pf. bezw. 28 Pf., da der Händler, der aus Frankreich an die Grenze kommt, infolge des großen Verkaufs ebenfalls den Preis für den Loib Brot um 4 Pf. erhöht hat. Am 12. Juli entstand an dem Brotwagen eine regelrechte Valgerei zwischen den alten regelmäßigen Brotabnehmern und den neuen Kunden, da der Händler auf den infolge der Preissteigerung in Deutschland gewaltig verstärkten Ansturm nicht eingerichtet war.

In so skandalösen Zuständen hat es die deutsche Zoll- und Wirtschaftspolitik unter der Herrschaft der Junker und des Zentrums gebracht!

### Frankreich.

#### Die Wahl in der Arbeiterkonföderation.

Paris, 13. Juli. (Fig. Ver.) Gestern wurde die Erwahlung für die beiden durch den Rücktritt der Reformisten Niel und Thié erledigten Sekretärposten in der Arbeiterkonföderation vorgenommen. Von 65 dem Verband angehörigen Föderationen waren nur 55 vertreten. Gewählt wurden Jouhaux (Rühbölzchenarbeiter) und Lesbore (Goldarbeiter) mit 35 Stimmen, 20 reformistische Delegierte enthielten sich der Abstimmung, Jouhaux und Lesbore werden zu den revolutionären Syndikalistinnen gerechnet, sind jedoch noch wenig hervorgetreten.

Niel hat das ihm vom Eisenbahnerverband angetragene Sekretariat angenommen. Diese Wahl ist eine Demonstration gegen die Anarchosyndikalistinnen in der Konföderation, die Niels Rücktritt erzwungen haben.

### Staatsverwaltung und Börsenkapital.

Paris, 13. Juli. (Fig. Ver.) Die „Humanité“ veröffentlicht heute im Facsimile ein Dokument, das beweist, daß der französische Staat heute nicht nur im übertragenen Sinne ein Kommiss des Kapitals ist. Es ist eine Bekanntmachung der Telegraphenverwaltung an die Beamten, die sie antweist, die täglich eintreffenden Nachttelegramme aus Buenos Ayres für „Sesoftris-Hamburg“ und „Sesoftris-Antwerpen“ mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln und für ihre schnelle und sichere Expedierung zu sorgen. Der gleichen Sorgfalt werden die aus West nach Dreyfus-Genua adressierten Telegramme empfohlen.

Alle die drei angegebenen Adressen bezeichnen Filialen des Bauhauses Eräber Dreyfus, deren Direktor Louis Dreyfus ein regierungstreuer Deputierter und ein persönlicher Anhänger Clemenceaus ist. Er ist auch derjenige, der beim ersten Poststreik die Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und den Streikenden vermittelt hat, die dann, nach dem Verbleiben Schmans im Amt, Gegenstand einer parlamentarischen Diskussion wurde. Die Telegramme des vornehmlich im Getreidehandel engagierten Hauses betreffen die Weizenkurse und es ist klar, welcher Profit bei dieser — ohne Uebertage geleisteten — Bevorzugung gegenüber ihren Konkurrenten für die Firma herausspringt. — Die Regierung, der Jaurès gestern das Dokument unterbreitet hat, sucht sich damit auszuweisen, daß der von der „Humanité“ publizierte Erlaß noch vor seiner Publikation durch einen anderen ersetzt worden sei. Sicher aber ist auch die bloße „Vorbereitung“ zu einer solchen offiziellen Begünstigung von Privatgeschäften höchst merkwürdig.

### England.

#### Das indische Attentat.

London, 12. Juli. (Fig. Ver.) Die Untersuchung des vom indischen Studenten Dinghra ausgeführten Attentats scheint bereits abgeschlossen zu sein. Der Angeklagte legte ein volles Geständnis ab, in dem er sagte, sein Motiv war rein politisch. Die Engländer seien in Indien fremde Tyrannen, und es sei die Pflicht jedes indischen Patrioten, sie zu vernichten, da sie Indien ausaugen und ruinieren. Jeder Engländer würde ähnlich handeln, wenn deutsche Beamten, nach einer erfolgreichen deutschen Invasion, England beherrschten. Die Engländer, die sich aller fremden Uneddrücken annehmen, seien Geuchler und Farceure, da sie gleichzeitig Indien unterdrücken, ausbeuten und der Vernichtung anheimfallen lassen. Er sei bereit zu sterben, um die noch indifferenten Hindus gegen die englische Herrschaft aufzureizen. Er rechne auf die Stütze amerikanischer und deutscher Freunde.

Die Hauptverhandlung dürfte in wenigen Wochen vorgenommen werden.

### Persien.

#### Die Kämpfe um Teheran.

Teheran, 14. Juli. Im Laufe des Abends ist in dem Kampfe kein Stillstand eingetreten. Die persischen Kosaken setzten ihre Geschützfeuer unaufhörlich fort. Einige ihrer Geschosse trafen die Häuser von Europäern in einer Straße in der Nähe der britischen Gesandtschaft, vermuthlich, weil Häuser dieser Straße von nationalistischen Schützen besetzt waren, die von den Dächern her feuerten. Die Truppen des Schahs bombardieren von einer Stellung außerhalb der Stadt das Parlamentsgebäude. Der englische und der russische Gesandte drangen heute in den Schah, sich mit den Nationalisten zu verständigen; der Schah weigerte sich jedoch. Es verlautet, daß gegen Sonnenuntergang ein Sekretär der russischen Gesandtschaft sich bei dem Parlamentsgebäude einfand und Sipahdar und Sardar Affak im Namen des Obersten Diachoff und seiner persischen Kosaken Vorschläge übermittelte, in denen zugleich Bürgerhaft für deren eventuelle Unterwerfung verlangt wurden. Die revolutionären Führer hätten geantwortet, sobald die Offiziere und die Kosaken ihren Vertretern ihre Waffen ausgeliefert hätten, dürften sie unbehindert sich heimgeben oder in neutraler Eigenschaft in den Kasernen verbleiben. Den Kosaken werde gestattet sein, unter der konstitutionellen Regierung zu dienen. Allen werde Sicherheit gewährleistet.

#### Einstellung des Feuers.

Teheran, 15. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Es verlautet, daß Oberst Diachoff Befehl gegeben habe, das Feuer einzustellen. Die Kosaken haben in den letzten Stunden nicht mehr geschossen. Das Geschützfeuer zwischen den Leuten des Schah und den Nationalisten und das Geschützfeuer der Nationalisten hat beinahe gänzlich aufgehört. Truppen des Schahs haben gestern abend das Nordtor angegriffen, sind aber von den Nationalisten mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden.

#### Waffenstillstand?

Teheran, 15. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Abends traf hier die Meldung ein, daß der Schah in einen Waffenstillstand einwilligte, und daß die Truppen des Schahs nach Soltanabad zurückgegangen seien. Während des Schießens fielen auch einige Augen in die russische Gesandtschaft, doch wurde niemand verletzt.

### Amerika.

#### Ausstand der Stahlarbeiter.

Pittsburg (Pennsylvanien), 15. Juli. Fünftausend Angestellte der Puffed Steel Car Company befinden sich in Ausstand. Gestern nachmittag kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei zerstreute die Menge, indem sie ihre Revolver in die Luft abfeuerte. Viele Personen wurden durch Stockschläge und Steinwürfe verletzt. Am Abend kam es zu weiteren Unruhen. Hundert Personen sollen hierbei durch Pistolenschüsse der Polizei oder durch Geschosse von Streikenden verletzt sein.

### Südamerika.

#### Beilegung des Konflikts.

Buenos Ayres, 15. Juli. Bolivia erklärt in einer Note an die argentinische Regierung, es bedauere tief die Zwischenfälle von La Paz. Die Regierung habe sich bemüht, sie zu unterdrücken, und beklage die Haltung der Presse. Die Ereignisse würden sich nicht wiederholen, da Bolivia von aufrichtiger Achtung gegenüber Argentinien und dem Präsidenten von Argentinien erfüllt sei. Die argentinische Regierung erklärte, diese Note gebe ihr Genugthuung.



# Berufszählung und Steuerstatistik.

Die Resultate der letzten Berufszählung ergaben für die Gesamtbevölkerung eine starke Zunahme an „hauptberuflich Erwerbstätigen“; nach der Zählung von 1895 betrug der Anteil 42,06 von Hundert, nach der letzten Zählung 47,48 von Hundert. Danach darf man ohne weiteres auf eine wenigstens nominelle Einkommenssteigerung der Steuerpflichtigen schließen. In sehr vielen Fällen hat eben die Zahl der in einer Familie Erwerbstätigen bei nur einem Steuerzahler zugenommen, indem die Frau oder auch Kinder sich der Erwerbsarbeit hingaben. Das ist ein Umstand, der bei Würdigung der steuerstatistischen Ergebnisse meist übersehen wird, aber für die gewonnenen Resultate gewichtiger Bedeutung nicht entbehrt. Die Steuerstatistik, für sich allein betrachtet, verführt leicht zu einer irrigen Ansicht über die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Weil die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkommen von über 900 M. stärker angewachsen ist, als die Bevölkerungszunahme ausmacht, glaubt man nach diesem Verhältnis auf günstigere Gestaltung der Lohnverhältnisse schließen zu dürfen. Daß bei einer Bevölkerungszunahme in Preußen von 20,84 Proz. während der Zeit von 1895—1907, die Zahl der physischen Jenfiten in dem Zeitraum von 1892—1907 um 121 Proz. sich vermehrte, und die mit Einkommen von 900 bis 8000 M. Belasteten gar um 128 Proz., wird leicht als unwiderleglicher Beweis enormen sozialen Aufstiegs angesehen. Ein anderes Ergebnis resultiert schon die Vergleichung der hauptberuflich Erwerbstätigen mit den Steuerpflichtigen. Setzt man die entsprechenden Resultate der Berufszählung von 1895 und 1907 in vergleichende Beziehung, dann kommt man zu folgendem Ergebnis: Nach den vorletzten Ermittlungen war von je 5,43 Erwerbstätigen einer Steuerpflichtig; die letzte Zählung und Einschätzung ergab, daß auf je einen Steuerpflichtigen 3,33 Erwerbende entfallen. Die nach dem Verhältnis der Bevölkerungszunahme gewaltige Vermehrung der Steuerpflichtigen gleich 128 : 20,84 schrumpft erheblich zusammen in der Relation zu den Erwerbstätigen — 5,43 : 3,33. Bringen wir — immer nach den Angaben des statistischen Jahrbuchs für den Preussischen Staat 1908 — die statistisch gewonnenen Zahlen in eine Tabelle vergleichend zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

	1895—92	1907	Aufstieg in %
Bevölkerung	31 490 315	37 989 893	20,64
Erwerbstätige im Hauptberuf	13 242 253	18 088 983	36,22
Zahl der physischen Jenfiten	2 435 889	5 384 558	121
deren veranlagtes Einkommen in Millionen Mark	5704	11 748	106
Einkommen von 900—3000 Mark			
Zahl der physischen Jenfiten	2 118 969	4 825 055	128
deren veranlagtes Einkommen in Millionen Mark	2013	6592	128
Einkommen über 3000 Mark			
Zahl der physischen Jenfiten	818 889	559 491	76,5
deren veranlagtes Einkommen in Millionen Mark	2792	5156	84,6

Diese Zusammenstellung rückt die Einschätzungsergebnisse in ein noch ungünstigeres Licht. Die Summe des Einkommens bei allen Jenfiten ist weniger stark gestiegen als die Zahl der Pflichtigen. Die Herausgreifung der Jenfiten mit Einkommen von 900 bis 3000 M. läßt dasselbe konstatieren, während bei den Einkommen von über 3000 M. die Steigerung des Einkommens kräftiger ist als die Zahl der über Dreitausendmark-Männer. Deutlicher bringen das diese Zahlen zur Darstellung:

	1892	1907
von 900—3000 M.	1374	1366
von über 3000 M.	8810	9215

Durch das Einrücken vieler Jenfiten in die Klasse von 900 bis 3000 M., mit niedrigem Einkommen, ist der Durchschnittssatz gesunken, dagegen zeigt sich bei den höheren Einkommen eine kräftige Zunahme des Durchschnittssatzes. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sieht das steuerstatistische Ergebnis für die arbeitende Bevölkerung weniger günstig aus. Dazu treten noch Fehlerquellen bei der Einkommenseinschätzung und veränderte Kaufkraft des Geldes als Faktoren, die den ziffernmäßigen Ergebnissen ein ganz anderes Gesicht geben.

Bei den Resultaten der Einkommen von 900—3000 M. handelt es sich zu einem guten Teil um die schärfere Erfassung, wird doch jetzt, infolge des Verdienstmachweises durch die Unternehmer, der letzte Pfennig veranlagt. Auch kommt in den nominellen Einkommen die veränderte Kaufkraft nicht in Erscheinung, und zweifellos sind von der Verteuerung der Lebenshaltung gerade solche Einkommen, die in der Hauptsache zur Befriedigung des nackten Lebens dienen, viel schärfer betroffen als die den höheren Steuerstufen angehörenden Jenfiten, bei denen die Verschleierung des Einkommens zum Nachteil der Einschätzung sicher zugenommen hat.

Ein weiteres Manko bei Benutzung der Steuerstatistik als Wertung der sozialen Entwicklung ist die Außerachtlassung der inwendig gestiegenen Produktivität der Arbeit. Aber diesen Fehlerquellen soll hier nicht nachgegangen werden. Diese Arbeit soll nur zeigen, daß die Steuerpolitik, so bedenklich ihre Anwendung als soziales Barometer im allgemeinen erscheinen muß, in Beziehung zur Erwerbstätigkeit der Bevölkerung gesetzt, eine wesentlich andere Entwicklung zeigt als in Vergleichung mit der Bevölkerungsbewegung.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Verfehlte Reklame.

Mit dem „Deutschen Metallarbeiter“, vom 10. 6. 1908, dem Organ der Christlichen, verbandte der Leiter der Berliner Filiale dieser Organisation eine Anzahl Reklamezettel mit folgender Gebrauchsanweisung:

Berlin den 9. 7. 1909.  
Werter Colleague! Der diesmaligen Nr. des Verbandsorgans liegen einige Flugblattentwürfe, die laut Vorstandsbeschluss zum anheften an geeignete Stellen Verwendung finden sollen, bei. Du wirst freudlichst ersucht diese Flugblätter mit gutem Meißer an solche von Metallarbeitern stark begangenen Stellen, an welchen sie auffällig ins Auge fallen anzukleben. Das Anheften muß zur späten Abend- oder zur frühen Morgenstunde geschehen. Auf diese Weise die Anheftung durchgeführt, ist es unfernen Gegnern, den Kindern und eventuell Schulreuten nicht so leicht möglich, die Plakate abzureißen.

Die Anheftung ist nach Bedarf von Zeit zu Zeit zu wiederholen. Gehe uns bitte an an welche Straße du noch weitere gebrauchst. Ich ersuche dir dringend deine ganze freie Kraft ein-

mal dem Verbands zu leihen und durch Reklame und Agitation für unseren Verband dazu beizutragen, daß das gesteckte Ziel — 400 Mitglieder — bis zum Jahreschluss erreicht ist. In der Erwartung, daß du dein Möglichstes tun wirst, grüßt kollegial Der Vorstand  
J. Aufr. Jakob Winter Vorst.

Das Flugblatt prahlt in reklamehafter Weise mit Zahlen, die den Christen groß erscheinen mögen, anderen aber lächerlich gering vorkommen müssen und deswegen wohl nirgends imponieren werden. So heißt es in Beziehung auf den christlichen Metallarbeiterverband:

Hat zirka 30 000 Mitglieder  
und ist in etwa 350 deutschen Städten vertreten.  
Hat 750 000 Mark Kasernenvermögen

Im Vergleich wollen wir nur erwähnen, daß allein die Berliner Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes weit über 60 000 Mitglieder, mehr als doppelt so viele als der christliche Verband in ganz Deutschland hat. Wenn also der christliche Bund nach 400 Mitgliedern in Berlin auch in Erfüllung gehen sollte, wäre mit diesen 400 den über 60 000 gegenüber kein Staat zu machen. Wie es aber bei den Christen ja nicht anders sein kann, ist dieser ihr Wunsch natürlich ein frommer Wunsch und wird es noch lange bleiben. Im übrigen werden die Berliner Metallarbeiter bedauern, daß die Gewerkschaftschriften ihre Reklamen so sorgfältig ankleben und dadurch selbst verhindern, daß dieselben „an geeignete Stellen Verwendung finden“.

### Achtung, Kürschner und Schneider!

Bei der Firma Jakob u. Bräutigam, Markgrafenstr. 58, haben wegen des Werkführers sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Die Werkstatt ist streng zu meiden. Da sich die Firma unter Dedadressen um Leute bemüht, so ist bei Annahme von Arbeit höchste Vorsicht geboten.

Verband der Kürschner. — Verband der Schneider.  
Die Ortsverwaltungen.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Schneidmühlensarbeiter in Tilsit hat naturgemäß eine Menge unaufrichtiger Elemente nach dem Auslandsgebiet gelockt, die sich als „sogenannte Arbeitswillige“ dem bedrohten Kapital zur Verfügung stellen wollen. Die Unternehmer können aber mit diesem Material nichts anrichten, und sie selbst mühten einen Teil der Streikbrecher wieder abzugeben. Andere, die durch die „königlichen Versprechungen“ der Mühlenbesitzer nach Tilsit gelockt worden waren, traten sofort die Rückreise an, als sie erfuhren, daß ein Streik am Orte ausgebrochen sei. Die Ordnungsblätter fühlen sich selbstverständlich berufen, wie überall, so auch hier, dem heiligen Geldschaden schützend beizuspringen. Sie tun das bekanntlich in der Weise, daß sie tapfer Lügen über den Streik verbreiten und durch geeignete Notizen die Streikenden selbst in der öffentlichen Meinung herabzusetzen suchen. So wissen sie vom Terrorismus der Ausständigen gegen Arbeitswillige gar keine Geschichte zu erzählen; sogar Militär hätte einschreiten müssen, um einen Transport Streikbrecher vor dem drohenden Angriff der Ausständigen zu bewahren; die Schutzmannschaft hätte gar nicht ausgereicht. So wird geschwätzt, daß sich die Wälfen biegen. Das neueste ist, daß die Provinzialblätter die Lüge verbreiten, daß der Streik schon nächste Woche Montag sein Ende erreichen werde, da besonders die „älteren Arbeiter“ erklärt hätten, länger nicht mehr mitmachen zu wollen. In einer Notiz schreiben sie, daß der Betrieb im Kleinen Maße schon wieder hat aufgenommen werden können, in der anderen, daß in Tilsit, Splitter und Stäubel alle Mühlen stillstehen. Die „Tilsiter Allgemeine Zeitung“, die größte Zeitung im Streikgebiet selbst, wagt doch nicht so dreist zu schwätzen, weil sie befürchtet, am Orte durch Tatsachen gleich berichtigt zu werden, dagegen leisten aber die anderen Blätter, so z. B. das nationalliberale „Remeler Dampfboot“, das Leiborgan des Herrn Schwabach, desto mehr. Die Streikenden selbst sind voller Kampfesmut, obgleich sie zum erstenmal im Feuer stehen. Sie hoffen, durch innigste Solidarität den Sieg davonzutragen.

Der Ausstand in der Rheinschiffahrt droht zu einer Aussperrung im Hafen Mannheim-Ludwigshafen zu führen, weshalb Juzzi von Gasenarbeitern und Maschinisten nach dorthin strengstens fernzuhalten ist.

### Eine christliche Gewerkschaft auf dem Bettel.

Unter den christlichen Gewerkschaften befindet sich eine, die den ganz besonderen Stolz der Christlichsozialen bildet, weil er eine spezielle Gründung der Stöckerleute ist: der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Er ist im Oktober 1900 durch die Frauengruppe der kirchlich-sozialen Konferenz gegründet worden und zählt heute, nach neunjährigem Bestehen, rund 8000 Mitglieder. Nach außen ist der Verband noch nicht hervorgetreten, er führt unter christlichsozialem Schutz ein recht kümmerliches Dasein. Jüngst ist nun die Hauptschriftführerin des Verbandes, Fr. de la Croix, gestorben, deren materielle Lage günstig genug war, daß sich die Dame unentgeltlich der Verbandssache widmen konnte. Nun, da sie gestorben ist, steht sich die Organisation genötigt, den Klingelbeutel in Bewegung zu setzen, um eine jährliche Einnahme von 2000 M. zu erzielen, von der die Nachfolgerin von Fr. de la Croix besoldet werden kann. In einem Aufruf in der christlichsozialen und ultramontanen Presse wird um die Aufbringung eines Kapitals von 50 000 M. gebeten. „Wenn 50 Menschenfreunde — so heißt es da —, Freunde der Heimarbeiterinnenfrage, je 1000 M. zeichnen, so ist die qualende Sorge von uns genommen. 10 x 100 M. oder 100 x 10 M. ergeben auch 1000 M. Ja, jede kleinste Hilfe wird freudigen Herzens angenommen. Helft, Ihr lieben Menschen, die Ihr uns noch nie im Stich gelassen habt, und helft bald!“ Niemand wünscht schärfer als wir, daß das Elend der Heimarbeiterinnen gemildert wird; aber Organisationen, die darauf die Mittel zur Verfügung stellen, können nicht als das richtige Mittel dazu betrachtet werden.

Die Organisationen der Privatbeamten im Jahre 1908 sind zwar durch die ungünstige Konjunktur in ihrem Fortschreiten behindert worden, haben aber sonst nur vereinzelt einen erheblichen Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen. Die fünf verschiedenen Gruppen zählten zusammen rund 750 000 Mitglieder, darunter die kaufmännischen Vereine 494 000, die Technikerverbände 111 000, die Verbände der Bureauangestellten 12 000 und die der landwirtschaftlichen Angestellten 10 000 Mitglieder. In verschiedenen Vereinen (Versicherungsbeamte, Wälfenangehörige, Lehrer usw.) wurden noch 117 000 Mitglieder aufgeführt. Der Bund der technisch-industriellen Beamten hatte trotz der ungünstigen Konjunktur und der Kämpfe mit den Metallindustriellen eine Mitgliederzunahme von 2244 zu verzeichnen. Wie ersichtlich, fehlt es dieser neuen Bewegung an Aufstrom nicht. Hoffentlich werden die Mitglieder nicht durch schwächliches Verhalten der Leitungen der Organisation enttäuscht.

### Ausland.

Ein Streik am Bruggwaldbühnen in der Schweiz. Die zirka 120 Arbeiter, welche im Bruggwaldbühnen die Räumungsarbeiten ausführen, haben vor einigen Tagen die Arbeit eingestellt, weil die Bauleitung von ihnen verlangte, daß sie in sechsständigen Schichten an der Einbruchsstelle arbeiten sollten. Die Arbeiter erklärten, wegen des zunehmenden Verwesungsgeruches es nur vier Stunden lang im Innern des Tunnels aushalten zu können.

Die Bauleitung vernahm sich zuerst frohig und hat, als wollte sie sämtliche Arbeiter entlassen. Als aber ihre Drohung unter den obwaltenden Umständen vollständig wirkungslos blieb, lenkte sie ein und bewilligte die geforderte vierständige Schicht.

Die Gewerkschaft der deutschen Schriftsetzer in New York hat kürzlich beschlossen, der „New Yorker Volkszeitung“ 1000 Dollar zu überweisen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, unter welchen die Zeitung durch die wirtschaftliche Krise zu leiden hatte. Die Gewerkschaft zählt etwa 300 Mitglieder.

## Soziales.

### Gehälter für Beamte der Berufsgenossenschaft.

Wiederholt ist von sozialdemokratischer Seite im Reichstag darauf gelegt, daß die Direktoren-Gehälter und „ihre amtlichen“ Besoldungen bei einzelnen Berufsgenossenschaften enorm hohe, die der Arbeit verrichtenden Beamten recht niedrige sind. Die niedrigen Gehälter und die Rechtlosigkeit der angestellten Beamten ist auch jüngst auf der Tagung der Beamten der Berufsgenossenschaften beklagt worden. Uns liegt eine Vertragsofferte vor, die die Klagen über enorm niedrige Gehälter bestätigt. Es erwidert der Genossenschaftsvorstand der Norddeutschen Holz- und Berufsgenossenschaft Berlin auf ein Anstellungsgesuch eines Mannes, der 10 Jahre lang in Berufsgenossenschaften tätig war, also:

Wir sind nicht abgeneigt, Ihrem Gesuch näher zu treten und setzen Ihrer persönlichen Vorstellung in den nächsten Tagen zwischen 10 und 12 Uhr entgegen, wenn Ihnen ein Anfangsgehalt von 80 M. p. Monat genügt, das bei guter Führung und genügenden Leistungen am 1. Januar 1910 auf 70 M. und alljährlich um weitere 10 M. p. Monat steigen würde.

Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft.  
Für den Genossenschaftsvorstand  
gez. Bachhaus, Verwaltungsdirektor.

Ein Monatsgehalt von 60, 70, 80 M. nicht einmal nur für einen Schreiblehrling, sondern für einen Beamten, von dem Kenntnis und selbständiges Arbeiten erwartet wird. Das Gehalt des Direktors beträgt neben fast freier Wohnung 15 840 M. Daß solche Verhältnisse noch möglich sind, beruht einmal darauf, daß die organisatorischen, von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten verlangten Änderungen der Berufsgenossenschaften abgelehnt wurden und ferner darauf, daß leider noch ein gut Teil der Berufsgenossenschaftsbeamten — wir müssen leider zugeben, die große Mehrheit — in Harmoniedüferei schwimmt und statt mit der Arbeiterklasse zu marschieren, gegen dieselbe front macht. Der soziale Geist, dessen Mangel die Berufsgenossenschaften empfinden, fehlt auch der Mehrheit der Beamten, sobald es sich nicht um Angestellte der Genossenschaft, sondern um verunglückte Arbeiter handelt.

### Agrarische Scharfmacherorganisation.

In Neumünster tagte am Sonnabend der Arbeitgeberverband für die Landwirtschaft im Fürstentum Lübeck und Schleswig-Holstein. Der erst im Februar 1908 gegründete Verband zählt bereits mehr als 4000 Mitglieder, hat außer in Hamburg noch Arbeitsnachweise in neun anderen Städten. Zweck des Verbandes ist bekanntlich u. a. die Mitglieder mit billigen Arbeitskräften zu versehen. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß zurzeit ein Ueberangebot an männlichen Arbeitskräften besteht, während es an weiblichen Arbeitskräften mangelt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Harting überall.

Genf, 15. Juli. (W. S.) Der frühere Chef der russischen Geheimpolizei in Paris, Harting, ist hier unter dem Namen Petrowski wohl bekannt. Er weilt oft hier und organisiert in Genf einen umfangreichen Geheimdienst, dem die Aufgabe zufiel, die an das revolutionäre Komitee gerichteten Postsendungen abzufangen und photographische Kopien davon zu machen.

### Keine Lumpenpolizei mehr?!

Paris, 15. Juli. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer setzte die Beratung der Interpellationen über die allgemeine Politik fort. Jaurès wies auf die Angelegenheit Landes-Harting hin und führte aus, er sehe in der Flucht Hartings einen Beweis, daß die gegen Harting erhobenen Anschuldigungen begründet seien. Die Sozialisten würden von der Regierung verlangen, daß sie entsprechende Maßregeln treffe, um einem solchen Zustande in Frankreich ein Ende zu machen. Ministerpräsident Clemenceau erwiderte, das sei geschehen. (Bewegung auf vielen Bänken.) Jaurès sagt dann weiter, es gebe also in Frankreich keine ausländische Geheimpolizei mehr? Clemenceau machte ein bejahendes Zeichen mit dem Kopfe, worauf Jaurès sagte, die Sozialisten würden beantragen, daß das Haus sein Einverständnis mit dieser Erklärung des Ministerpräsidenten durch eine Abstimmung bestätige.

### Die Frage des Generalstreiks.

London, 15. Juli. (W. L. W.) Die englische Minenarbeitervereinigung trat heute hier zusammen, um die Frage eines Generalstreiks zur Unterstützung der schottischen Minenarbeiter zu erörtern. Die Versammlung konnte zu keinem Entschluß kommen und vertagte sich auf morgen.

### Sturm im türkischen Parlament.

Konstantinopel, 15. Juli. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer beriet heute den Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Schulden Abdul Hamids. Nachdem mehrere Abgeordnete sich gegen das Prinzip der Regelung durch den Staatsbankrott gewandt hatten, wurde der Gesetzentwurf an die Kommission zurückverwiesen. Hierauf trat das Haus in die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend das Auslandsrecht ein. Beim Artikel 8, der die Bildung von Arbeiterjudikalen untersagt, wurde ein Antrag angenommen, der die Synbdate prinzipiell zuläßt und von der Regierung die Vorlage eines besonderen Gesetzes verlangt. Als der Präsident den Artikel durchaus zur Annahme bringen wollte, entstand ein derartiger Lärm, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

### Gegen den Russenmarsch.

Konstantinopel, 15. Juli. (W. L. W.) In der Deputiertenkammer wurde eine Interpellation über das Vordringen der russischen Truppen gegen die türkischen Grenzen eingebracht.

### Ein beschlagnehmter Dreimaster.

New York, 15. Juli. (W. S.) Ein amerikanisches Schiff beschlagnahmte den japanischen Dreimaster „Daki“, der bei der Insel Fribiloff dem Walfischfang oblag. Das Schiff nebst der aus 18 Mann bestehenden Besatzung wurden nach einem Küstenhafen gebracht.

### Ausstand in Amerika.

Pittsburg, 15. Juli. (W. L. W.) Heute sind noch 3000 Weib-blecharbeiter in den Ausstand getreten und haben sich den 10 000, die am 30. Juni in den Ausstand traten, angeschlossen. Außerdem sind 14 000 Minenarbeiter der Pittsburg Kohlengewerkschaften in den Ausstand getreten, auf Veranlassung ihrer ärztlichen Vereinigung, aber ohne Genehmigung der Beamten der Minenarbeitervereinigung der Vereinigten Staaten. Man glaubt, daß der Ausstand nur von kurzer Dauer sein wird.



Wie Hanfabändler gemacht werden.

Wir erhalten folgende interessante Zuschrift:
Vor einigen Tagen zirkulierte bei den technischen und kaufmännischen Angestellten der Firma...

Hus der Partei.

Zum neuen Organisationsstatutenentwurf der Partei hat der Kreiswahlvereinsvorstand für den Wahlkreis Hanau-Wochenheim-Weinhausen-Orb...

Zu § 2 des Entwurfes (Wiederung) soll hinter die Worte: „Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen...

Zur Kaiserfrage.

Bei der Berichterstattung über die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Hamburg nahmen in Wülhausen in Elsaß alle Disziplinardredner gegen den Beschluß der General-

Kleines feuilleton.

Ein bisschen altertümlich. Anfang voriger Woche wurde die neue Fährverbindung zwischen Deutschland und Schweden eingeweiht. Sowohl in Saganj wie in dem schwedischen Hafen Treleborg wurde das Ereignis mit dem in beiden Ländern...

versammlung zur Kaiserfrage Stellung. Von einer Beschlußfassung sah die Versammlung ab, doch konstatierte der Delegierte, Geschäftsführer Schulenburg-Strasburg, in seinem Schlusswort, daß die Kollegen in dem „tabulierten Wülhausen“, wie er es ausdrückt, diesem Beschluß der Generalversammlung nicht zustimmen.

Aus Leipzig und Umgegend.

In den letzten Tagen fanden in zahlreichen Ortsvereinen die Jahres-Generalversammlungen statt, in denen die verschiedenen Berichte erläutert und Neuwahlen vorgenommen wurden. Sehr gering sind die Parteibereine, in denen keine Mitgliederzunahme und sonstige Fortschritte zu verzeichnen sind. In Kleinzißhauer sind im verflochtenen Geschäftsjahre 178 Aufnahmen und 187 Parteigenossen, die das Bürgerrecht erwarben, festgesetzt. Die Einnahme betrug 5759,88 M., die Ausgabe 5468,81 M. Am 1. Juli dieses Jahres waren 1851 männliche und 207 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Zeitungskommission gewann 59 Abonnenten. Der Verein hat eine Bibliothek von 1523 Bänden, die einen Wert von 5346,29 M. haben. Benutzt wurde die Bibliothek von 5592 Personen mit 14 186 Bänden. Der Verein Großzißhauer hat 360 männliche und 89 weibliche Mitglieder. Zum 1. Juli 1907. Von den Mitgliedern sind 367 gewerkschaftlich organisiert. Eine Bibliothek mit 605 Bänden ist vorhanden, sie ist im letzten Jahre von 1612 Personen benutzt worden. Probstheida weist 63 männliche und 22 weibliche Parteimitglieder auf. Es fanden 12 Versammlungen statt. Die Einnahme ist 828,95 M., die Ausgabe 817,24 M. In Böhlitz-Ehrenberg hat der Verein 18 Mitgliederversammlungen abgehalten. Es wurden vereinsmäßig 975,85 M. verausgabt 602,48 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 297, darunter 65 weibliche. Die Bibliothek zählt 358 Bücher. Im Ortsverein Döitzig sind 134 Mitglieder organisiert. Eine Sängerschaft mit 32 Sangeslustigen und auch eine städtische Bibliothek besitzt der Verein. Es wurden vier öffentliche, zwanzig Mitgliederversammlungen und sechs Vorstandssitzungen abgehalten. Einnahme im letzten Halbjahr: 421,26 M. Ausgabe: 331,21 M. Lößnitz weist 250 Mitglieder auf (198 im Vorjahr) und es sind 222 von ihnen gewerkschaftlich organisiert. In den nächsten Tagen werden weitere Generalversammlungen der Vereine des 12. und 13. Reichstagswahlkreises abgehalten. Sonntag den 18. Juli hält der 13. und darauf auch der 12. Kreis, in dessen Bereich der Parteitag stattfinden wird, Kreis-Generalversammlung ab.

Zum Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Vereins für Neuh. j. 2. wurde Genosse Knauß, bisher Parteisekretär für Elsaß-Lothringen, gewählt.

Hus Industrie und Handel.

Der Kampf um ein Weltmonopol.

In jahrelanger äußerster Arbeit hat der Standard-Oiltrust ein Monopol für Petroleum in seine Hände bekommen. So auch neue Erdölquellen entdeckt wurden, es dauerte nicht lange und die Standard Oil Company hatte sie in ihrem Besitz. Die einzige Petroleumindustrie, die sich bis jetzt von dem amerikanischen Trust unabhängig halten konnte, ist die in Oesterreich-Ungarn. Die Mehrheit der österreichischen Raffineure sind in der Aktien-gesellschaft für österreichisch-ungarische Mineralölprodukte organisiert. Ihre Rohöle beziehen die Raffineure aus der galizischen Kohlenindustrie, die in den letzten Jahren ganz gewaltig gewachsen ist und ihr billiges Rohmaterial liefert. Der Plan der Amerikaner war, die österreichisch-ungarische Petroleumproduktion in ihre Hände zu bringen. Sie gründete 1898 in Budapest eine Petroleumgesellschaft, die Vacuum Oil Co. Diese hatte zunächst nur 200 000 Kronen Aktienkapital. Allmählich wurde das Aktienkapital erhöht, 1906 in Oesterreich und in Ungarn je eine eigene Raffinerie errichtet und im besonderen scharf gegen die österreichischen Raffineure gekämpft. Jetzt hat das Unternehmen 20 Millionen Kronen Aktienkapital.

Die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, eine andere Tochtergesellschaft des Trusts, organisierte in Deutschland den Kleinerkauf an die Konsumenten. Die Oesterreicher hatten bis dahin nur an die Großhändler verkauft. Es begann ein erbitterter Preiskampf, der die Petroleumpreise fortgesetzt herabdrückte. Die Amerikaner kauften die Berliner Großhandelsfirmen, wie Stobwasser, Jocke, Norddeutsche Eiswerke usw., auf. Die Oesterreicher gründeten eine Verkaufsgesellschaft für Deutschland; man schloß Verträge ab, in denen sie sich verpflichteten, das Petroleum immer

um einen halben Pfennig billiger zu verkaufen, als die Amerikaner.

Die Standardgesellschaft, als sie merkte, daß ihre Zeit gegen die österreichisch-ungarischen Raffineure noch nicht gekommen war, änderte ihre Taktik. Zwischen dem Landesverband der galizischen Kohlenproduzenten und den Direktoren des Trusts wurden wochenlange Verhandlungen gepflogen, die bei den Amerikanern der Absicht entsprangen, den Galiziern die Macht über die Kohlenproduktion abzugewinnen.

Der Bau von Reservoirien mußte in Angriff genommen werden, aber Geld war nicht vorhanden. Schon jetzt sind die Produktionen an Heizöl für die Staatsbahnen, soweit sie in den Jahren 1910 und 1911 fällig sind, beliehen. Und für die nächste Zukunft wird die Situation eher noch schwieriger werden, denn jetzt sind schon wieder 80 Bohrlöcher in alternativer Zeit produktionsfertig, davon 30 in den besten Petroleumgebieten gelegen. Es ist also nichts Absonderliches, daß die Kohlenproduzenten auf Verhandlungen eingingen. Der Trust schlug vor, 100 Reservoirs zu bauen, mit einem Fassungsvermögen von 100 000 Doppelzentnern. Die Kosten würden die Amerikaner tragen. Innerhalb von fünf Jahren, für so lange war der Betrag vorgesehen, sollten die Kohlenleute Einlagerungsgebühren bezahlen, die bei völliger Füllung der Reservoirs gerade die Verkaufskosten ausmachen. Dann sollen 50 Reservoirs in ihr Eigentum übergehen, nach einigen weiteren Jahren nochmals 25, die übrigen 25 wollte der Trust für sich behalten resp. seiner österreichischen Tochtergesellschaft überweisen. Die staatliche Entzündungsanstalt sollte die Vacuum Co. ebenfalls übernehmen, den Galiziern aber bestimmte Preise garantieren. Darin war für die Amerikaner ein besonderer Vorteil enthalten, der ihnen bei besonderen Umständen 55 Proz. des österreichischen Inlandsbedarfes an Heizöl in die Hände gespielt hätte. Die Dinge lagen so, daß für jeden Tag die Annahme der Abmachungen zu erwarten war. Da kam im letzten Moment etwas hinzu, was für die Arbeiter von besonderem Interesse ist.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des österreichischen Reichsrates brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Resolution ein, durch die an die Regierung die Aufforderung gerichtet wurde, eine Verchiebung des Vertragsabchlusses der Kohlenproduzenten mit der Standard Oil Co. zu bewirken. Die Regierung hat auf diesen Mahnruf gehört. Sie machte sofort verlautbar, daß die Genehmigung zum Bau der Reservoirs, der auf fiskalischem Boden erfolgen muß, damit noch nicht gegeben sei, daß die Kohlenproduzenten den Vertrag mit den Amerikanern abschließen. Darauf verzichteten sich dann die Verhandlungen. In den letzten Tagen des Juni ist im Reichsrate die Vorlage Gesetz geworden, nach der die Regierung einen Kredit von 8 Millionen Kronen bekommt, der zum Bau von Erdreservoirien verwendet werden soll. Da in der Begründung betont wird, daß der Verkauf der Reservoirs an Private ausgeschlossen sei und daß die Regierung auch sonst noch kontrolliere, erscheint ein zukünftiges Petroleummonopol für den Staat als möglich.

Konzentration.

Die Magdeburger Privatbank arbeitet zwar mit nur 35 Millionen Mark Aktienkapital, aber sie besitzt das Fusionieren ganz gründlich. Jetzt kommt die Mitteilung, daß sie den Vorläuferverein zu derselben (Regierungsbezirk Kassel) mit allen Mitteln und Posten übernommen hat. Der Umsatz dieses Institutes betrug im letzten Jahre rund 81 Millionen Mark. Die Magdeburger Privatbank wurde 1858 mit wenigen Millionen Mark Kapital gegründet. 1894 übernahm sie ein Privatbankhaus in Magdeburg, 1908 wurde die Nordhäuser Bank übernommen, 1907 das Bankhaus Unger in Erfurt, das Bankhaus Fiele in Merseburg, die Spar- und Leihbank in Bitterberge, der Sangerhäuser Bankverein, der Eisenbahner Bankverein, die Kreditbank U. G. in Eisenach, die Vereinsbank in Wühlhausen, die Zorquauer Bank und die Bernjederer Kom.-Gesellschaft. 1909 ging es in diesem Tempo weiter. Erst kam die Wechselbank in Hamburg daran, dann die Firma Sonnenfall in Dessau, ferner noch ein Erfurter Bankhaus. So werden die Provinzbanken aufgesaugt, die Geldinstitute, die der „Meine Mann“ benutzt, in der Meinung, bei seinem „Bankfreund“ guten Rat zu bekommen. In Wirklichkeit hat eine Großbank alle Hände in der Hand und reguliert das Getriebe, wie es ihrem eigenen Geldbeutel praktisch erscheint. Der Magdeburger Bankverein hat nun 43 Niederlassungen in den verschiedensten Städten; seine Direktoren und Aufsichtsräte sitzen in den verschiedensten Unternehmungen, in Banken, Brauereien, Kollnerwerken, Zementwerken, Metallfabriken, Jutefabriken, Versicherungsgesellschaften usw. Die Bank hatte 1902 einen Umsatz von 1042 Millionen Mark, 1907 waren es schon 4040 Millionen Mark und ein Jahr später, trotz der wirtschaftlichen Depression, 5375 Millionen Mark.

Es ist gebirgig und bietet den Herden während des Sommers fettes Weideland.

Die Wachtjare sind in ganz Mittelperien im Aufsteig. Handelskarawanen radikal auszuwandern. Reisende, die einsam durchs Leben ziehen, bekommen keinen kleinen Schreck, wenn sie plötzlich den zylindrischen Körper der Leute vom Wachtjareinstamm auftauchen sehen. Vor etwa zwei Jahren war der von Teheran nach Isfahan führende Weg recht unsicher, und die königliche Post wurde jeden Monat mindestens einmal ausgeraubt. Im solche Raubereien zu verhüten, betraute der jetzige Schah die Wachtjare mit der Bewachung des Weges. Seit damals kann man die Straße sorglos und ungehindert benutzen; die Briganten sind also Gendarmen geworden und legen sich energisch für die Sicherheit der Reisenden ins Zeug. Bis 1850 waren die Wachtjareinstämme vollständig unabhängig und erkannten keinerlei Autorität an. Obwohl die Wachtjarehäuptlinge vom Schah ernannt werden, lassen sich die Stämme von ihm nicht befehlen; um sie wenigstens einigermassen in Furcht zu halten, zwang man sie, Soldaten für seine Leibgarde zu stellen; das waren seine Geißeln, die er für alle Aufrührungen im Wachtjareland verantwortlich machen konnte.

Die Reisen der Störche. Die Wege und die Ziele der wandernden Vögel zu erforschen, ist schon seit langem als eine wichtige Aufgabe der Vogellunde erkannt worden. Eine besonders praktische Methode hat zu diesem Zweck die von der deutschen Ornithologischen Gesellschaft bei Kottbus auf der russischen Regierung errichtete Vogelwarte angewendet. Man fängt dort während der Zugzeit manche der dort in großen Scharen eintreffenden Wandervögel und kennzeichnet sie durch einen um den Fuß gelegten leichten Metallring, auf dem die Jahreszahl und eine Nummer vermerkt sind. Dann läßt man die Vögel wieder frei und sucht nun Kunde zu erlangen, wo und wann diese Vögel gefangen oder erbeutet werden. Auf diese Weise sind schon schöne Resultate erzielt worden. Neuerdings haben die Versuche in Kottbus nach der Königsberger „Hartungenschen Zeitung“ Aufklärung über den Reizeweg gebracht, den die norddeutschen und ostpreussischen Störche nach ihren afrikanischen Winterquartieren nehmen. Die Ungarn war die Straße bereits ermittelt, dann begann aber eine gewaltige Dürre bis zum blauen Nil. Am 24. April 1909 wurde man ein durch Ring gekennzeichneter Storch 110 Kilometer nordöstlich von Damaskus, am Karawanenwege nach Balmtra, angetroffen. Die Zugstraße führt also durch Kleinasien, Syrien, das Mittel auswärts. Der betreffende Storch war im Juli 1907 in Kottbus-Jemen bei Pilsupönen, Kreis Lütitz, gefangen worden. Weiter ist festgestellt worden, daß die ostpreussischen Störche auf ihren Wanderungen bis zur äußersten Südspitze Afrikas vordringen, denn im Februar 1909 wurden zwei ostpreussische Ringstörche im Kasatolande, etwa 80 Grad s. Br., von Eingeborenen erbeutet. Die Strecke, die von diesen beiden, etwa neun Monate alten Störchen zurückgelegt worden ist, beträgt 9000 Kilometer. Ferner wurden im Frühjahr 1909 Ringstörche an folgenden Orten Ostpreußens ge-

sehen: bei Dragehnen und in Radrau im Samlande, sowie in Tolls-dorf bei Pogendorf. An den betreffenden Vertriebsstellen waren in den Jahren vorher Storchmarkierungen vorgenommen worden. Das Erscheinen von Ringstörchen an den Nestern ist für die Ausforschung von höchsten Interesse. Die Vogelwarte bittet, solche Fälle immer umgehend mitzuteilen. Die Vogelwarte Kottbus vergibt auch jetzt wieder Storchringe auf Ersuchen unentgeltlich an die Storchliebhaber.

Ein neues Riesenteleskop. Das ungeheure Teleskop, das seit Jahren für Mount Wilson in Arbeit war, ist jetzt fertiggestellt und sowohl mit dem bloßen Auge wie durch photographische Reproduktion geprüft worden. Das Resultat ist ein glänzendes, denn das kolossale Instrument hat sich als vollkommen erwiesen. Es steht, wie die astronomische Zeitschrift „Sirius“ berichtet, ohne Gleichen da. Der Spiegel hat einen Durchmesser von 1020 Millimeter, die äußerste Bohre eine Länge von 4,57 Meter, eine Breite von 2,18 Meter; ihre Tiefe beträgt 47 Zentimeter und ihr Gewicht 6860 Kilogramm. Die beiden Träger der Solarachse wiegen 4275 und 907 Kilogramm, die Achse selbst ist 4,6 Meter lang und wiegt 38,1 und 45,7 Zentimeter die, aus Nickelstahl gefertigt und wiegt 4140 Kilogramm. Die Bewegungsrichtung für die tägliche Rotation des Teleskops ist mit größter Genauigkeit hergestellt und schließt selbst die kleinste Unregelmäßigkeit aus. Der Reflektor ist in eine gewaltige Kuppel gestellt, die aus Stahl besteht und durch Motoren bewegt wird. Ihre Beobachtungsöffnung hat eine Breite von 4,9 Meter. Ein Windschirm schützt das Instrument vor Erschütterung durch Wind und vor feindlichem Licht. Der Erbauer, G. W. Ritchey, erwartet von den Leistungen dieses größten Teleskops das Höchste, aber weniger wegen der enormen Maße, die allein noch keine Bedingung für seine Güte wären, als vielmehr wegen der außerordentlichen Exaktheit, die durch alle Teile geht. Sie ist so groß, daß ein Stern einige Minuten lang von den Häm im Okular halbiert erscheint und ohne jedes Bittern scharf sich dem Bild darbietet.

Notizen.

Das Leipziger Stadttheater, das verpachtet ist, rentiert sich nicht. Der Pächter erklärte, daß er den Vertrag nicht erfüllen könne. Die Stadtverordnetenversammlung erließ ihm daraufhin die Nacht vom 1. Januar ab und gewährte außer der Uebernahme des Fundus einen jährlichen Zuschuß und eine Erhöhung der Eintrittspreise. Abgeordnete als Wählermacher. Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses verfügte, daß den Abgeordneten, die aus der Parlamentsbibliothek Bücher entliehen, aber trotz aller Mahnungen nicht zurückgaben, entsprechende Abzüge von den Dividenden gemacht würden. Diese Abzüge erreichten zum Teil eine namhafte Höhe. — Weiter gibt es auch außerhalb des Parlaments Leute genug, gegen die gleiche Maßnahmen angebracht müßten.



**Eingegangene Druckchriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Schnapskloß. — Die Wiedergeburt von Meggie und Melissa. Von Oda Obergraben. — Ein sozialistisches Echo. Von Adolf Heymer. — Die Bayerische Gemeindeverfassung. Eine Kritikstellung von Georg Gärtner.

Rürnberg. — Gewerkschaften und revolutionäre Entfaltung. Von Hugo Laube. — Literarische Rundschau: Zur Entfaltung der Arbeiterfrage im Königreich Polen. Von Karl Rabel. — Der Arbeiter. Die Frage nach den Grenzen der Erkenntnis. Von Julius Dr. Ludwig Reichardt. Die Geschichte des Lebens der Erde. Von sw. Paul Rotherbach. Deutsch-Chinesische Studien. Von Karl Rabel. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-

Handlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern werden jederzeit zur Verfügung. Fredmanns Buchhandlung. Von C. R. Beckmann. Aus dem Schwedischen von F. Riedner. Einführung von G. Raethe. Preis 3 M., geb. 4 M. E. Dieberich, Jena.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Freitag, den 16. Juli**  
Anfang 8 Uhr.  
Neues königliches Operntheater. Koenigin. (Anfang 7 Uhr.)  
Deutsches. In einer Erde und im ersten Stod.  
Kammerspiele. Ein Standa! in Monte Carlo.  
Leffing. Die Dollarprinzessin.  
Berliner. Ein Herbstmanöver.  
Neues Schauspielhaus. Moral.  
Schiller O. (Wagner-Theater.) Madame Bonivard.  
Schiller Charlottenburg. Der Hübepels.  
Friedrich-Wilhelmsbühne. Schauspielhaus. Das Nachtlager von Granada.  
Römische Oper. O diese Reutnants.  
Neues. Der Hoteldieb.  
Thalia. Im Café Roblesse.  
Lustspielhaus. Familie Schmek.  
Neues Operetten. Die Sprudelsee.  
Folies Caprice. Drei Bräutigams.  
Der Direktor ist. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Metropol. Die oberen Reutnants.  
Bernhard Rose. Was eine Frau kann.  
Berliner Oper. Man lebt ja nur einmal.  
E. Rosas Theater. Verbotene Wege.  
Apollo. Herkules Er oder Gr.  
Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Brammen. Die Spreewald-Räpfe.  
Spezialitäten.  
Reichshallen. Winter-Tymian.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.  
Sternwart. Invalidenstr. 57/62.

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die deutsche Ostseeküste.

**WINTERGARTEN**

Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte.

**WINTERGARTEN**

„La Pia“  
in ihren Phantasie-Tänzen.  
Golmanns gemischter Orchester-Akt.  
Iris sisters, engl. song and dance, sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms.  
Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

**Metropol-Theater**

Die oberen Reutnants.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Kerker. In Saenen gesungen von Dir. Rich. Schultze.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Passage-Theater.**

Heute:  
**Eröffnung**  
der neuen Saison  
im gänzlich umgebauten und renovierten Theatersaal.  
**Premiere:**  
Mde. Capella  
Pensionats-Mädel.  
Willi Prager.  
The 4 Rubys.  
12 Debuts.

**Passage-Panoptikum.**

Lebend!  
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der  
**Azteken!**  
Aga, die schwebende Jungfrau.  
Ganz Berlin zerbricht sich des Kopf Ebor Aga.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Stadt-Theater Moabit.**

Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 8 Uhr. Sonnt. 6 beginn. 5 Uhr.  
Garteneröffnung 8 Uhr.  
Jeden Freitag (Erläuterung, Spezialitäten und Solos der „Tüchtigen Sängers“).  
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

**Zirkus Charles**

Maybach-Ufer  
an der Thielens-Brücke,  
Straßenbahnlinien 04, 46 u. 22.  
Tel. Amt R. 1418.  
Abends 8 Uhr:  
Elite-Gala-Vorstellung.  
mit einem noch nie vorher hier gezeigten mannigfaltigen Sensations-Programm, jedes einzelne Nummer eine Attraktion u. Schlager.  
Täglich abds. 10 U. 20 Min.: Auftreten der weltberühmten Löwen-Dompteuse  
**Miss Charles**  
mit ihren  
**14 wilden Löwen 14**  
einzig dastehend ohne Konkurrenz.

**Lessing-Theater.**

Gedicht d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Berliner Theater.**

Heute 8 Uhr:  
Ein Herbstmanöver.  
Vorgen, zum 1. Male: Hotel Amor.

**Neues Theater.**

Abends 8 Uhr:  
Der Hoteldieb.  
Sonabend, zum 1. Male: Sein Sündenregister.  
Sonntag: Sein Sündenregister.

**Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).**

**Gura-Oper.**  
**Lohengrin**  
von Rich. Wagner. — Anf. 7 Uhr.  
Sonabend: Melsternsinger.  
Sonntag: Tannhäuser.  
Montag: Norma.

**Lustspielhaus.**

Abends 8 Uhr, zum 1. Male:  
**Familie Schmek.**  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus,  
Freitag, 16. Juli, abends 8 Uhr:  
Das Nachtlager von Granada.  
Romant. Oper in 3 Aufzügen von Konradin Kreutzer. (Neu einstudiert.) (Kleine Preise).  
Sonabend: Der Freischütz.  
Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Sprudelsee.  
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

**DERNHARD ROSE THEATER**

Dr. Frankfurter Str. 182.  
**Was eine Frau kann.**  
Rundzie in 4 Akte v. Dorf u. Hüggen.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Auf der Gartensbühne Anfang 4 1/2 Uhr.  
U. a.: Bau ideal aus! G. Fontemine.  
Paul Coradini. Spezialitäten.

**Apollo Theater**

Letzter Monat.  
9.50 zum 27. Male: 9.50  
**Hartstein**  
in  
**Er oder Er.**  
Sänger: Jean Paul.  
Die 9 Yankee Doodle Girls.  
Die lustigen Zecher.  
Original-Stück von Leo Billward.  
8 1/2 Uhr: Das letzte Phänomenale Ereignis.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)  
Täglich:  
Madame Bonivard.  
Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antoni Ward.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Täglich:  
Der Hübepels.  
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Bezirk Ober-Schöne-weide).

Sonabend, den 17. Juli 1909  
**Großes Sommerfest**  
in Hörners Blumengarten. 120/1  
Garten-Konzert.: Volksbelustigung.: Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.

**Möbel**

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik  
**H. Walter und Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Selowsky=Cigaretten**  
bleiben  
nach dem Urteil aller Kenner  
**unübertroffen!**  
Spezialmarken:  
**Bolero • Caruso • Zenith**

**JOSETTI JUNO**  
CIGARETTEN  
nehmen in ihrer Preislage unter den Erzeugnissen der Deutschen Cigarettenfabrikation mit vollem Recht die erste Stelle ein. Sie bieten dem Raucher bei ihrem Genuss die vollkommene Befriedigung, die er nur bei einer allerbesten Cigarette finden kann. Ihr Absatz gewinnt ständig an Ausdehnung, gewiss der schlagendste Beweis dafür, dass sie sich die Gunst aller Raucher, die Unterschiede zu machen und wirklich gute Qualitäten bei Cigaretten zu schätzen wissen, erwerben und zu erhalten verstehen.  
Josetti-Junio m. a. o. Mundstück  
10 Stck. 20 Pf.  
Josetti Cigarettes • Josetti Cigarettes

**Bildschön**  
ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigen, jugendlichen Anzügen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:  
**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
206 Bergmann & Co., Badeloni-Branden  
steht echt mit Schutzmarke! Steckenpferd.  
50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

**Abfahrtsstelle Schillingsbrücke**  
am Schlettischen Bahnhof.  
Billige Dampfer-Ferienfahrt mit Musik nach Berliner Schweiz (Gosener Berge).  
Täglich früh 9 1/2, mittag 2 Uhr.  
Hin und zurück nur 60 Pf. (\*)  
Robert Tlamer.

**Brunnen-Theater**

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.  
Heute sowie täglich:  
X Erstauffg. Spezialitäten! X  
Novität! Novität!  
**Eine tolle Nacht.**  
Gr. Aufführungs-Vollständ.  
mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Freund und Rannschädt.  
Kasseneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Walhalla Variete-Theater**

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
Die grandiosen Spezialitäten.  
Im Garten: Freikonzert.  
Vor der spanischen Arena.

**Volksgarten-Theater**

früher Weimanns Volksgarten.  
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Das neue Juli-Programm.  
Gustav Eulenburg. X Trudi Truth.  
Oscar Wiedemann. The 3 Syburs.  
Der Brandstifter von Berlin.  
Volksst. m. Gef. u. Tanz v. Reisingen.

**Neue Welt**

Hasenheide 108/114.  
**Spezialitäten.**  
Jede Nummer eine Attraktion.  
**Gr. Konzert.**  
Anf. 4 Uhr. Entree 25 Pf.  
Mittwochs:  
**Erntefest.**  
Donnerstags:  
**Elitetag.**

**Damms Volkspark-Theater.**

(früher Diets.)  
Landsberger Allee 76/77, a. d. Ringb.  
Ab Freitag, den 16. Juli:  
Beginn einer internationalen Ringkampf-Konkurrenz, wozu die namhaftesten Kämpfer des In- und Auslandes ihre Teilnahme zugesagt haben.  
Vor d. Ring: Spezialität. Vorst.

**Puhlmanns Theater**

**Goldene Jugend.**  
Kassations-Operette von Walter Geisde.  
12 erstklassige Spezialitäten.  
Sophie Loree Leibold.  
Beginn 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**W.Noacks Theater**

Direktion: Rob. Dill. Braunnstr. 16  
Letzte Woche:  
**Verbotene Wege.**  
Vor- und nachher: Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonabend: Programmwechsel.  
3. 1. Male: Der Schuster als Millionär.

**Reichshallen-Theater.**

Heute:  
1. Gastspiel  
**Winter-Tymian**  
mit seiner berühmten Herrensellschaft.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 1. 8.:  
Wiederbeginn der Solos der Stettiner Sängers.

**Elysium**

Landsberger Allee 10/41. Ecke Petersburger Straße.  
Heute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten:  
**Vorstellung**  
abwechslnd von drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

**Berliner Theater-Theater**

Rosamundenallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Havemanns größte Reutierschule d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**

Holzmärkte 72 (Ecke Alexanderstr.)  
Tägl. Herk. Rahr-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale Gr. Theater- u. Spaz.-Vorstellung.  
Eine fidele Kiste Schwant m. Gef. von Braune.  
Mollner, Demby, Los Mignons, Byron u. erstklassige Spezialitäten.  
Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

**Max Kliems**

Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 12/15  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Art. Leitung: Walter Gravenitz.  
Jeden Donnerstag: Elitetag.  
Fährnd und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

**Schweizer-Garten**

Am Königsfor. Am Friedrichshain  
Täglich Entree 30 Pf.  
**Theater-Vorstellung**  
Spezialitäten. D. neue Juli-Programm.  
Kinematograph, Volksbelustigung.  
Jed. 2. u. 10 Uhr: Der Seekadett. Einspiel.  
Jed. 10 Uhr: Kinderfreudenfest.

**Vereins-Bräuerei**

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entr. 15 Pf. Plätze od. Schärpe grat.

Billigste Bezugsquelle für  
**Hygienische Bedarfs-Artikel**  
Drogerie Zaremba,  
Berlin N., Weinbergsweg 1.  
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.



**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokal Langestr. 65:  
**General-Versammlung.**

**Tagesordnung:**  
 1. Abrechnung vom II. Quartal 1909.  
 2. Vereinskongress und Berichtslesen.  
 Arbeiter jeden Berufes, welche das 16. Jahr erreicht und das 60. nicht überschritten haben, werden in der Versammlung aufgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse der Schmiede.**  
 Sonnabend, den 24. Juli 1909, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
 bei Tabert, Rindfleischstr. 14 (Eingang Grüner Weg):  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
**Tagesordnung:**  
 1. Erhöhung der Beiträge. 2. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
**Der Vorstand.** 276/9  
 S. K.: Ad. Pilgrim, Vorsitzender, Admiraistr. 24.

**Konsumverein Friedenau und Uing.**  
 Eing. Genossenschaft in d. Haftpflicht.  
 Infolge Uebertritts zur Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend beschloß die Generalversammlung vom 2. Juli cr., in Abstimmung zu treten. Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Gleichzeitig erlauben wir etwaige Gläubiger, ihre Forderung alsbald in unserem Geschäftslokale Rosenthaler Str. 7 einzureichen.  
 Friedenau, den 15. Juli 1909.  
**Die Liquidatoren.**  
 Otto Meyer, Friedr. Günther, Golstr. Döring. 106/17

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**  
 zum Sonntag, den 18. Juli.  
 1. Abt. 5 Uhr: Fürstentum. 1 Uhr: Sesselsaal. Start: Bölowstr. 58.  
 2. Abt. 17. abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: Wörth. 18. 6 und 1 Uhr: Stannitz (Fürstentum). Start: Posthaus - Promenade 18.  
 3. Abt. 4 Uhr: Schmalzsee (Reichenwalde bei Stolow, Badin). 1 Uhr: Müggelheim (Große Kruppe). Start: Mariannenplatz.  
 4. Abt. 5 Uhr: Kloster Schmin. 11/12, 1 Uhr: Wilhelmshagen (Kollmann). Start: Köpplinger Platz.  
 5. Abt. 6 Uhr: Zwickau. 1 Uhr: Müggelheim (Große Kruppe). Start: Glasturm.  
 6. Abt. 5 Uhr: Glindow. 1 Uhr: Teltow (Venus). Start: Oberbergstr. 28.  
 7. Abt. 6 Uhr: Seelitz. 1 Uhr: Baumwerder. Start: Köpplinger Str. 8.  
 8. Abt. 7 und 1 Uhr: Schönwalde. Start: Waldstr. 8. 11/8  
 9. Abt. 7 Uhr: Wanditz. 1 Uhr: Bernau (Waldsee). Start: Oranienauer, Ede Danziger Straße.  
 11. Abt. Session der Gastwirtschaften. 12. 6 Uhr: Wendisch-Buchholz. Start: Große Hamburger Straße 18-19. (Gäste willkommen.)

**Fahrrad-Haus „Frisch auf“, Walter Wittig & Co.,**  
 Hauptgeschäft: Berlin N. 31, Brunnenstr. 35  
 Filiale: Köpplinger Str. 9.  
 empfiehlt „Frisch auf“-Fahrräder sowie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel. Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Kraftbetrieb. 109/9

**Auf vielseitige Nachfrage**  
 tolle meinen werten Gästen und Vereinen mit, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes in der selben Weise wie bisher weiterführe, und bitte ich, das Vertrauen, das sie meinem Manne geschenkt, auch auf mich übertragen zu wollen.  
 Einem gütigen Zuspruch entgegenkommend 218/20  
 Hochachtungsvoll  
**Wwe. Gärtner, Zwickbusch,**  
 (Berliner Schweiz, Gessener Berge).

**Seltene Gelegenheit.**  
 Schöne, modern eingerichtete  
**Bäckerei**  
 Familienverhältnisse halber sofort für jeden Preis zu verkaufen. 120 Broteinheiten. Kaffe durchschnitlich 40 Pf. Fertigen unter 35° Postamt Ober-Schneewitz.

**Kreuzberg-Festhalle und Garten.** O. Ernst, SW., Kreuzbergstr. 48.  
 Jeden Freitag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
 Caffee u. Vorzugsgl. gültig.  
 Jeden Sonntag:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Eintritt frei.  
 Beschied. Sonnab. am Berline zu verg.

**Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Sonnabend, den 17. Juli 1909,**  
 In den Gesamträumen der Berliner Bock-Brauerei (Tempelhofer Berg):  
**Sommerfest.**  
**Mitwirkende:** Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Kapellmeister Maximilian Fischer) × Mitglieder des Arbeiter-Turner-Bundes × Kinetograph (Leiter: Edgar Schubert) × Clown Alberti, genannt „Onkel Pelle“.  
**Von 6 Uhr ab im Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
**Von 7<sup>1/2</sup>—1<sup>1/2</sup> Uhr Kinderspiele** statt unter Leitung von Turnerinnen und Turnern.  
**Alle sonstigen Kinderbelustigungen werden von „Onkel Pelle“ geleitet.**  
**Bei Eintretender Dunkelheit Kinder-Fackelzug** wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.  
**Die Kaffeeküche ist von 2—6 Uhr geöffnet.**  
 Billetts im Vorverkauf 20 Pf. Billetts an der Kasse 30 Pf.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung bittet 210/19\* **Das Komitee.**  
 Anfang 4 Uhr

**Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**  
 Sonntag, den 18. Juli 1909  
 in  
**TREPTOW**  
 Ludwigs Viktorgarten und Redlichs Keglerschloßchen  
 Köpenicker Landstraße 25—27:

**Grosses Volksfest**  
**Doppel-Konzert □ Massen-Gefänge**  
**Turnerische Aufführungen**  
**Berliner Uk-Trio □ Rixdorfer Humor-Trio**  
**BALL.**  
**Fackel-Polonäse □ Kasperle-Theater**  
 Kinderbelustigungen aller Art.  
 Besondere Ueberraschungen für Jung und Alt.  
**Historisches Museum.**  
**Neue Treptower Sternwarte**  
 unter Leitung des Direktors Achsohld.  
**Sehenswürdigkeiten aus dem Dreiklassenparlament**  
 usw. usw.  
**Morgens 5 Uhr: in beiden Lokalen:**  
**Früh-Konzert.**  
 Die Kaffeeküche ist von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet.  
 Jedes Kind erhält am Eingang zwei Bons, von denen der eine zur Empfangnahme einer Stocklaterne und der andere zur beliebigen Benutzung des Karussels oder der Schaukel berechtigt. 250/14  
 Ausführliche Programme mit Liedertexten werden an der Kasse gratis verabreicht.  
 Eintritt 25 Pf., Kinder unter 14 Jahren frei.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

**Liquidationsbilanz**  
 der Möbelfabrik Fichte, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Aktiva.		Passiva.	
Kassa-Konto	345 29.	Kreditoren-Konto	10 863 29.
Buchf. Konto	300	Wahrgen. Konto	2 424
Spez. u. Reibhant. Konto	500		13 287 29.
Fantions-Konto	150		
Debitoren-Konto	3 776	Kassa	25 753 29.
Inventory- u. Werkzeug-Kto.	6 094	Kassa	13 287
Fabrikations-Konto	13 618		10 466 29.
	23 753 29.		

**Die Liquidatoren.**  
 Paul Thormann, Otto Hausbalk, E. Passoth.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
 Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
 Große Frankfurter Str. 136.  
**Medizinische Bäder aller Art**  
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.  
 3 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeseit.)  
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Bekanntmachung.**  
 Die Möbelfabrik „Fichte“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Frankfurter Allee 161/162, ist hiermit aufgelöst.  
 Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.  
**Die Liquidatoren.**  
 Paul Thormann, Ernst Passoth, Otto Hausbalk.  
**Nachtrag der Möbelfabrik Fichte.**  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
 Die Gesamtsumme und das Geschäftskapital betragen am Schluß des Geschäftsjahres 1908 je 680 Mark und haben sich um je 240 Mark erhöht.  
 109/20  
**Der Vorstand.**  
 Paul Thormann, Ernst Passoth.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse  
**Gustav Bareinz**  
 Galtwitz, Bräudenstr. 7, jetzt möglicherweise Charlottenburg, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Juli, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Bornitzstraße 43 aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Mittwoch, den 14. Juli, verstarb unser Mitglied, der Kohlerger  
**Franz Winzer**  
 Dohmestierstr. 19.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. (Bezirk Lichtenberg.)**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Anstreicher  
**Hermann Koch**  
 am Dienstag, den 13. Juli, im 59. Lebensjahre verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Friedhof in Lichtenberg, Bornitzstraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Danksagung.**  
 Herzlich innigen Dank allen denen, die meinem lieben, unvergesslichen Mann und unserem guten Vater, dem Verbandsekretär und Gemeindevorsteher  
**Max Obier**  
 das letzte Geleit gaben und ihm und uns während seiner langen Krankheit Beistand leisteten. Besonderen Dank seinen Kollegen vom Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufs, sowie den Parteigenossen Pankows, dem Gesangverein „Senefelder“ und der Gemeindevorstellung Pankows, für die herrlichen Blumen Spenden und die Teilnahme an der Trauerfeier. Pankow (Schmidtstr. 19), den 15. Juli 1909.  
 Die tieftauernde Witwe Obier und Kinder.

**Tischlerverein E. H. 89.**  
 Sonnabend, den 17. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Meißnerstr. 15  
**General-Versammlung.**  
 Kassendbericht vom 2. Vierteljahr und Ausgabe der Billets zum Sommerfest in der „Neuen Welt“ am 24. Juli 1909.  
 Um regen Besuch ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Hafnarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.**  
**Mitgliedschaft Berlin.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Sonntag, den 18. Juli 1909, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Aufnahme neuer Mitglieder, Abrechnung vom 2. Quartal 1909.  
 2. Verhandlungsangelegenheiten & Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch ist vorzulegen.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
**Die Ortsverwaltungs-Sitzung**  
 fällt wegen der Volksversammlungen heute aus.  
**Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.**  
 in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene, billige 2-, 3- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaufe, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Triemer Straße, Mühl-Strasse, Holländer- und Thüner Straße.

**Arbeiter-Bekleidung — Berufsbekleidung.**  
**Größtes Spezialgeschäft.**  
**Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft, Alexanderstr. 12.**  
 Filialen: Landsberger Allee 148.  
 Neu eröffnet!  
**Rixdorf: Bergstraße 66** Ringbahnhof.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Bezirk Lichtenberg.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Anstreicher  
**Hermann Koch**  
 verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Bornitzstraße, aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 14/6 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder  
**Erich**  
 nach langem, schwerem Leiden im Alter von 15 Jahren verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee aus statt.  
**Herman Leitel**  
 nebst Frau und Sohn, Rummelsburg, Simplonstr. 1.

**Danksagung.**  
 Verwandten, Freunden und Kollegen, die meinem verstorbenen Vater die letzte Ehre erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank.  
 Helene Schreiber geb. Kempte.  
 Für die zahlreiche Beteiligung und herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Kollegen und Kolleginnen der U. G. D., Abteilung Rixdorf, Liebesmann, unseren herzlichsten Dank.  
**Wwe. Ella Schelske**  
 5345 nebst Kindern.  
**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt 62/2  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4







# Unser Kampf im Reichstage!

lautet das Thema in den zu heute abend in den acht Wahlkreisen Groß-Berlins einberufenen Volksversammlungen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Schöneberg.** Die Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Volksversammlung wegen der Diskutierabend mit dem von Groß-Berlin zusammen stattfindet. Der Vorstand.

**Pankow.** Am kommenden Sonntag, den 18. Juli, von nachmittags 2 Uhr ab findet im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. sind bei den Funktionären sowie in den bekannten mit Plakaten belegten Lokalen erhältlich. Das Festkomitee.

**Brig-Budow.** Laut Beschluß der Vereinsversammlung vom 15. Juni beteiligt sich der Wahlverein in corpore am Kreisfest am 18. Juli. Dasselbe findet statt im „Bilrogiergarten“ und „Reglerschloßchen“, Treptow, Köpenicker Landstraße 25-27. Die Teilnehmer treffen sich im Lokal von E. Weniger, Werderstr. 28. Abmarsch 1 Uhr mittags. Der Vorstand.

**Groß-Lichterfelde.** Am Sonntagvormittag findet eine Flugblattverbreitung im Orte statt. Die Genossen haben sich ihren Bezirksführern zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen.

## Berliner Nachrichten.

### Die Wirkungen der neuen Steuern.

Kaum hat eine reaktionäre Reichstagsmehrheit ein ganzes Bündel neuer Steuern beschlossen und schon werfen diese Beschlüsse ihre Schatten voraus. Die Zündholzsteuer, welche von der Hausfrau vielleicht am rücksichtslosesten empfunden wird, macht sich, obwohl sie amtlich noch nicht in Kraft getreten ist, praktisch schon jetzt bemerkbar. Die großen Zündholzfabriken geben ihre Ware, wie wir schon gestern mitteilten, bereits mit Aufschlag ab, so daß die Kleinhändler nicht mehr, wie bisher, das Paket zu 10 Schachteln mit 10 Pfennig verkaufen können. Zwei Pakete kosten jetzt schon fast überall 25 Pfennige, das einzelne Paket 13 bis 15 Pfennige. In kurzer Zeit wird natürlich der Preis noch steigen bis auf das Vierfache des früheren Kostenpunktes. Die erste Folge dieser Steuerung eines der notwendigsten Haushaltungsartikels wird sein, daß man sich im Verbrauch von Streichhölzern, mit denen wegen der bisherigen Billigkeit allerdings sehr flott umgegangen wurde, so weit als möglich einschränkt. So wollen die Gastwirte nicht mehr jeden Tisch mit Streichholzbüchsen besetzen, sondern Zündhölzer nur noch in mäßiger Menge oder auf speziellen Wunsch zur Verfügung stellen. Andere durch die Deutegier des Schnapsbloats zur Streichholzparazerei gezwungene Menschen werden sich das Feuer zur Zigarre künftig ausborgen. Wenn jeder, der mit den Pfennigen rechnet, sich in diesem einen Artikel auf das äußerste beschränkt, fällt mehr als der halbe erwartete Erfolg der Zündholzsteuer durch den verringerten Gesamtverbrauch ins Wasser. So müßte es, mag es auch dem Einzelnen schwer fallen, mit anderen in der Besteuerung hochgeschraubten Verbrauchsartikeln ebenfalls gemacht werden.

Die Biersteuer veranlaßt schon jetzt Brauereien, sich mit kleineren Gefäßen einzurichten, vor allen Dingen macht sich das im Flaschenbierhandel deutlich bemerkbar.

Auch die Glückkörper werden teurer werden infolge der Beleuchtungssteuer. Wenn wir erst noch einige Monate weiter sein werden, werden erst weite Kreise am eigenen Leibe wahrnehmen, was ihnen der Reichstag beschert hat.

### Dienstbotenvermittlung.

Unter diesem Titel lesen wir in der „Täglichen Rundschau“ folgende beachtenswerte Ausführungen über die Stellenvermittlung: Während sich die gewerbliche Stellenvermittlung während der letzten fünfzehn Jahre außerordentlich vervollkommen hat, läßt die Dienstbotenvermittlung noch immer recht viel zu wünschen übrig. Wenn wir zum Beispiel aus den nahe der Reichshauptstadt gelegenen Dörfern hören, daß hier für die Beschaffung einer Dienstmagd 55 M. an Vermittlungsgebühr an einen privaten Stellenvermittler gezahlt werden müssen, so ist das offenbar ein unabweislicher und unhaltbarer Zustand. Aber auch in der Großstadt herrschen vielfach noch ungesunde Zustände, obwohl die städtischen Verwaltungen bemüht gewesen sind, durch Schaffung städtischer Arbeitsnachweiskeitellen den mit der Stellenvermittlung verbundenen Belästigungen Einhalt zu gebieten. Freilich erreichen die Behörden in den Städten bei weitem nicht die gleiche Höhe wie auf dem Lande; immerhin sind es auch hier erhebliche und ungerechtfertigte Beträge, welche die Dienstbotenvermittlerinnen ziemlich mühelos in ihre Tasche gleiten lassen. Man fragt erlaunt: Weshalb bedienen sich unsere Damen nicht der städtischen Arbeitsnachweise, die doch die Vermittlung für einen sehr geringen Preis übernehmen? Wir haben es hier mit Vorurteilen zu tun, die sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerinnen zurzeit in viel zu ausgebreiteter Maße beherrschen. Viele Hausfrauen, insbesondere solche, welche einen großen Jahresbedarf an Dienstmädchen verzeichnen, hält eine gewisse, aber nicht zu rechtfertigende Scheu ab, das öffentliche Vermittlungsbüreau allzu oft in Anspruch zu nehmen; sie bilden sich wohl auch bisweilen ein, für höhere Vermittlungsgebühren besseres Dienstbotenmaterial zu erhalten und wenden sich deshalb lieber an die privaten Vermittlerinnen, mit denen sie gelegentlich auch über interne Angelegenheiten schwätzen können. Was die zuwandernden Dienstmädchen betrifft, so sind diese häufig schon auf dem Lande für eine bestimmte Stellenvermittlerin „festgemacht“. Es werden ihnen alle möglichen Märchen aufgebunden, kurz, die Stellen, welche die Stellenvermittlerin X oder Y zu vergeben hat, in den glänzendsten Farben geschildert. Von den städtischen Arbeitsnachweiskeitellen erfährt so ein unschuldiges Dienstmädchen vom Lande so gut wie nichts, und darum wäre es wohl angebracht, wenn sich Behörden und die ländliche Presse energisch dieser wichtigen Angelegenheit bemächtigten wollten. Ebenso müßten in den Städten mit öffentlichen Arbeitsnachweisen die Hausfrauen mit der alten Gepflogenheit brechen, die privaten Stellenvermittlerinnen über das notwendige Maß hinaus zu beanspruchen. Eine private Stellenvermittlerin hat das größte Interesse an einem häufigen Dienstbotenwechsel, und schon deshalb wurde von dieser Seite viel Unheil angerichtet. Die städtische Arbeitsvermittlung trägt jetzt auch der Tatsache Rechnung, daß eine Hausfrau lieber mit einem weiblichen Angestellten verhandelt, als mit einem männlichen, und stellt deshalb in steigendem Maße weibliche

Beamte an. Also auch nach dieser Richtung wird den Wünschen der Hausfrauen Rechnung getragen. Diese sollten nun bald ihre Interessen richtig einschätzen und sowohl im Interesse ihres Portemonnaies als auch aus Rücksichten auf die allgemeine öffentliche Wohlfahrt die zu diesem Zwecke geschaffenen Einrichtungen benutzen.

So weit es sich in der vorliegenden Notiz darum handelt, die Stellenvermittlung des Arbeitsnachweises für Dienstboten in der Linkstraße in Anspruch zu nehmen — im Gegenlag zu den privaten Vermittlungsbüreaus — kann man ihr nur zustimmen.

Die Säuglingsfürsorgestellen befinden sich an folgenden Stellen: Nr. 1, Blumenstr. 78, umfassend die Stadtbezirke 1-10, 145-188, 168-188, 189a, b, c, 190b, c, e, 195-191. — Nr. 2, Eissäckerstraße 27, umfassend die Stadtbezirke 202-245, 251-253, 255 bis 259, 264-274. — Nr. 3, Markthalle am Arminiusplatz, Dogenhagenstraße 7, umfassend die Stadtbezirke 11-14 und 279-304. — Nr. 4, Raumpstr. 63, umfassend die Stadtbezirke 15-19, 22-28, 72-74, 76-144, 167a, b, c. — Nr. 5, Bankstr. 15, umfassend die Stadtbezirke 254, 260-263, 275-278, 305-328. — Nr. 6, Großbeerenstr. 10, Ede Tempelhofer Ufer 18, umfassend die Stadtbezirke 20, 21, 29-71, 75a, b. — Nr. 7, Brenzlauer Allee 83 I, umfassend die Stadtbezirke 189d, 190a und 190d, 191-194, 246-250.

Mütter von Säuglingen im Alter bis zu einem Jahre erhalten an diesen Stellen Rat über Säuglingspflege, auch werden an selbsttätig bedürftige Mütter Unterstüngen in Form von billiger Milchlieferung oder auch an barem Gelde gewährt.

Schützt den Baumbestand. Diese Mahnung kann man angesichts der Waldverwüstungen in und um Berlin, ja im ganzen Reich nicht laut genug ertönen lassen. Alte, schöne und völlig gesunde Bäume werden mit einer Leichtigkeit, um nicht zu sagen Leichtfertigkeit, beseitigt, die unbeschreiblich ist. Zwischen Birkenwäldern, Stoppel und Hermsdorf werden zurzeit ganze Waldungen abgeholzt. An das Wiederaufforsten wird nicht gedacht. Wo soll das noch hinführen?

Vom Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin. Die bei Niederfinow vorzunehmenden Erdarbeiten werden durch Erdrutschungen sehr erschwert, so daß die rechtzeitige Fertigstellung der Anlagen in Frage gestellt wird. Die Dienstgebäude sind so weit vollendet, daß die Verlegung des Sirenenbureaus und des maschinentechnischen Bureaus des Großschiffahrtskanals von Oderberg nach Niederfinow erfolgen kann. — Auf dem Großschiffahrtsweg, der voraussichtlich 1912 eröffnet werden wird, ist ein Tagesbetrieb von 15 Stunden vorgesehen, die Speisung des Kanals wird jedenfalls von der Havel aus erfolgen können. Die Triebwerke am Finowkanal sollen auf keinen Fall durch Wasserentnahme gefährdet werden. Vorläufig wird bei Niederfinow nur eine Schleusentreppe angelegt werden. Ob außerdem, wie beabsichtigt war, auch noch ein Hebewerk, welches die Durchschleusung ohne Wasserverbrauch ausführt oder eine zweite Treppenschleuse zur Errichtung gelangen soll, ist gegenwärtig noch nicht feststehend, da die Hebewerksysteme sich bis jetzt noch als sehr wenig geeignet erwiesen haben. Ladestellen an dem neuen Kanal sollen nur auf Kosten der betreffenden Gemeinden hergestellt werden. Die auf der ganzen Strecke des Großschiffahrtsweges zu erbauenden Brücken sollen so eingerichtet werden, daß sie den Interessen der Kleinschiffahrt dienen. Die Schleusen werden so breit angelegt, daß sie bequem zwei Zillen zugleich Durchlaß gewähren.

Der Siegeszug des Kutschradenschlusses. Nachdem erst vor kurzem die Ortshausen Karlsdorf und Friedrichsfelde die Einführung des früheren Geschäftsschlusses vom 1. August abgeschlossen haben, wird nunmehr auch in dem benachbarten Birkenwerder der Kutschradenschluß vom 19. d. M. ab in Wirksamkeit treten.

Eine männliche Leiche wurde vorgestern nachmittag in der königlichen Forst bei Groß-Beßen aufgefunden. Es handelt sich um einen etwa 25 Jahre alten, anscheinend den besseren Kreisen angehörenden Mann, der zweifellos Selbstmord verübt hat. In der Hand hielt er einen Revolver, aus dem er sich zwei Schüsse in die linke Brustseite gejagt hatte. Die Leiche muß bereits längere Zeit im Walde gelegen haben, da sie stark in Verwesung übergegangen war. Ueber die Persönlichkeit des Lebensmüden konnte nichts ermittelt werden. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in Groß-Beßen gebracht.

Auf dem Heimweg vom Spielen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag die vier Jahre alte Tochter Therese des Fabrikarbeiters Weber aus der Friedenstr. 41. Eine Nachbarin der Eltern hatte die Kleine nach der Friedenstr. mitgenommen. Dort spielte sie eine Zeit lang. Als sie dann auf dem Rückweg an der Ecke der Friedenstr. und Kalkhofstr. andere Kinder sich noch tummeln sah, riß sie sich plötzlich von der Hand ihrer Führerin los, um hinüber zu laufen und weiter zu spielen. Hierbei geriet sie, einem Nachbar ausweichend, unter einen Wirtswagen, der aus der entgegengesetzten Richtung vom Weidentweg hergefahren kam. Die Räder gingen der Kleinen über den Kopf. Der Kutscher, dem keine Schuld trifft, brachte sie schleunigst nach der Rettungswache in der Köpenickerstr. Hier konnte aber der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Gemeinsam in den Tod gegangen sind ein 19 Jahre alter Drogist Willi Loh, der ohne Stellung in der Wallenweberstr. 12 wohnte, und ein 16 Jahre altes Dienstmädchen Martha Wod aus der Rineburger Str. 3. Weil die Eltern des Mädchens gegen die Beziehungen der jungen Leute waren, so vergifteten sich beide im Spandauer Stadtfors.

Beim Rollschuhlaufen schwer verunglückt. Unter den Rollschuhläufern, die in immer größerer Zahl aufstehen, hat sich bereits eine Unsitte breit gemacht, die oft recht verhängnisvoll werden kann. Es handelt sich um das Anhängen an Fuhrwerke. Als gestern nachmittag ein etwa 18 jähriger Rollschuhläufer in der Bellevue-Allee im Tiergarten nicht recht vorwärts kommen konnte, hängte er sich an eine vorüberkommende Automobilrosche an. Beim Einbiegen in die Charlottenburger Chaussee wurde der Unvorsichtige mit solcher Gewalt von dem Kraftwagen abgeschleudert, daß er zu Boden stürzte und mit dem Kopf auf den Fahrdamm schlug. In besinnungslosem Zustand mußte der Unbelannte, der eine schwere Gehirnerschütterung und aufsteigend auch innere Verletzungen erlitten hat, nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Einen freivolten Streich hat sich ein Unbekannter mit den Eltern des dieser Tage bei einem Bootausfall auf dem Zegeler See Ertrunkenen erlaubt. Kommt da in die Wohnung der um den Tod ihres Sohnes trauernden Eltern in der Kollastr. 45 ein Mann und erzählt, er sei Fischer. Der junge Mann sei nicht weit von der Unglücksstelle gefunden worden, die Eltern möchten doch kommen und ihren Sohn sehen, ehe er nach dem Schauhaus kommt. Wie die Angehörigen nun hinkommen, stellte sich heraus, daß kein Wörtchen an der Mitteilung zutrifft, es war überhaupt niemand gefunden worden. Möglich, daß es dem Kurier, der den Eltern die Mitteilung überbrachte, nur um den Votenlohn zu tun war, oder daß er die Wohnung leer haben wollte, um zu stehlen; jedenfalls sollte der Vorfall Veranlassung geben, Ueberbringer von Nachrichten mit Vorsicht zu begegnen.

Ein Berliner erfroren. Auf der Birnstraße am Groß-Benediger, so wird aus Bozen telegraphiert, ist der Rektor Karl Geisler aus Berlin von einem Schneesturm überrascht worden und erfroren.

Unfug getrieben wird in Parteikreisen mit einem Mitgliedsbuch des Wahlvereins für den fünften Kreis mit der Nummer 728 auf den Namen Max Kreisfamer, Georgenstr. 62. Dieses Buch ist kürzlich verloren gegangen und der Finder geht mit diesem Buch Parteigenossen um Unterstützung an. Es wird gebeten, falls der jeweilige Besitzer dieses Buches dasselbe weiter zu Samorzwecken verwenden sollte, denselben anzuhalten, ihm das Buch abzunehmen und es an den Genossen Karl Kirke, Reibelstr. 9 abzuliefern.

Radrennen im Sportpark Botanischer Garten, 14. Juli. Die Eröffnungsrennen konnten am Mittwoch abend bei günstigem Wetter abgehalten werden. Die Fliegerrennen hatten eine große Beteiligung gefunden, das Programm wies gegen neunzig Rennen auf. Der große Einweihungspreis über 1000 Meter erforderte acht Vorläufe, von denen die Ersten am Sonntag die Zwischenläufe und den Endlauf bestreiten werden; die Vorläufe gewonnen R. Müller, Uhl, Schmitten, Sähmich, Hiyler, Rudela, Carapezzi und Willi Krend, zu denen sich Saldon und Schwab, die beiden Ersten des Poffnungslaufes, gesellen. — Der große Eröffnungspreis, ein Dauerrennen mit Motorführung über 50 Kilometer, 1000, 800, 600, 400 Meter, wurde von dem Berliner Hermann Przhembel in 33 Minuten 21 1/2 Sekunden von P. Günther (Köln), 60 Meter, E. Vouhours (Paris) 1980 Meter und J. Stol (Amsterdam) 2910 Meter zurück, gewonnen. Stol, der bis nach dem 20. Kilometer an erster Stelle lag, blieb durch das Verlegen seiner Fährungsmaschine zurück; dadurch wurde der Weg für Przhembel und Günther frei, die sich bis zum Schluß einen erbitterten Kampf lieferten, dem der Berliner nur mit 60 Meter Vorsprung zu seinen Gunsten entschied. Der Franzose Vouhours litt gleichfalls unter Motordefekten, doch konnte er noch den dritten Platz vor dem weit zurückbleibenden Stol retten. — Den Schluß bildete ein von 80 Fahrern in einem Lauf bestrittenes Prämiensfahren über 5 Kilometer (40, 30, 20, 10 M.), das Sähmich vor Kurzmeier, Stegum und Saldon gewann. Prämien zu 10 M. für jede zweite Runde holten sich Hr. Poffmann, Uhl, Stegum, Saldon, Schallwig, Schmitten und Sähmich. Die Rennen verliefen ohne Unfälle, einige Stürze blieben ohne nachteilige Folgen für die Betroffenen. Die bei dem Dauerrennen erzielte Geschwindigkeit ist keine bedeutende, doch muß man berücksichtigen, daß die Fahrer infolge ungenügender Vorbereitung sehr vorsichtig fuhren.

Feuerwehrbericht. Lebensgefährliche Brandwunden am ganzen Körper erlitt in der letzten Nacht der Arbeiter Paul Bihle in der Wilsnader Str. 57 bei der Explosion einer Petroleumlampe. Das herumspritzende Petroleum ergoß sich zum Teil über die Kleider des Mannes, die sofort brannten. Obgleich schnell Hilfe zur Stelle war, trug der Mann so schwere Brandwunden davon, daß er nach dem Kranenhaus Roabit gefahren werden mußte, wo er lebensgefährlich krank daniederliegt. Gleichzeitig wurde die Wehr nach der Ackerstr. 28 alarmiert, wo Jalousien und anderes brannten. In der Markussstr. 17 mußte ein Brand gelöscht werden, der Wäbel erfaßt hatte. Wegen eines Küchenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Wiener Str. 30. Kohlen, Kisten und anderes brannten dort und in der Swinemünder Str. 29 Gardinen, Kleider, Wäbel usw.

## Vorort-Nachrichten.

### Schmargendorf.

Die Kirche braucht Geld. Auf Beschluß der kirchlichen Gemeindekörperschaften ist die Kirchensteuer für das Steuerjahr 1909 von 10 auf 15 Proz. erhöht worden. Der Etat der Kirchengemeinde schließt für 1909 in Einnahme und Ausgabe mit rund 18 000 M. Bis zum Jahre 1907 gehörte Schmargendorf zu den Gemeinden, in welchen nur eine geringe Kirchensteuer erhoben wurde, es gelangten nämlich 7,5 Proz. der Staatseinkommensteuer als Kirchensteuer zur Erhebung; für 1908 trat eine Erhöhung auf 10 Proz. ein.

### Wilhelmsruh-Rosenthal-Niederhönhausen-West.

Ferienspiele. Die von Genossinnen geleiteten Spiele, welche regelmäßig Dienstag und Freitag von 2-6 Uhr stattfanden, fangen für die Zukunft um 8 Uhr an. Treffpunkt: „Waldfähne“, Restaurant Kollmann. Spielgeräte stehen den Kindern in genügender Menge zur Verfügung. Die geehrten Eltern werden gebeten, den Kindern Getränke mitzugeben. Jedes Kind ist willkommen!

### Mahndorf.

Im Streit erschlagen wurde gestern in Mahndorf der 41 Jahre alte Kutscher Gustav Schade. Er war in einem Restaurant, in dem er sein Fuhrwerk eingestellt hatte, mit einem Kollegen, dem Kutscher Wegener aus Friedrichsfelde aus nichtiger Ursache in einen Streit geraten, der schließlich in Tötlichkeiten ausartete. Blösigl dersepte W. seinem Gegner einen derartigen Fuhrtritt in den Unterleib, daß Schade bestimmungslos zu Boden stürzte. Ein sofort herbeigerufener Arzt ordnete die Ueberführung des Verletzten nach dem Kranenhaus an, doch verstarb der Kutscher bereits auf dem Transport, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Täter wurde verhaftet und dem Amtsgefängnis in Köpenick zugeführt. Eine Gerichtscommission ist bereits an Ort und Stelle eingetroffen. Ueber die vorgenommene Obduktion der Leiche ist jedoch noch nichts bekannt.

## Gerichts-Zeitung.

### Auf den Scheidenständen erschossen.

Die verhängnisvolle Schießfärr, die sich seinerzeit in der Jungfernheide abgespielt hat und bei der der Sohn des Oberlehrers und Hauseigentümers Schöffel den Tod fand, beschäftigte gestern das Kriegsgericht der 1. Gardebivision. Unter der Anklage der sache-lässigen Tötung steht der Wizefeldwebel Schmittchen von der 8. Kompanie des Garde-Rüsilierregiments. Der Angeklagte ist Scheibenmeister auf den Scheidenständen in der Jungfernheide. Er hat dort auch seine Wohnung. Am 27. Mai unternahm der Oberlehrer Schöffel, Lärkenstr. 15 wohnhaft, mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern, dem 13jährigen Sohn Helmut und einer 10jährigen Tochter einen Spaziergang in der Jungfernheide. Ein Schillamerad des jungen Sch. hatte sich angegeschlossen. Die beiden Knaben tollten herum und im Uebermut ketterte der kleine Sch. über den Jaun des angrenzenden Infanterie-Schießplatzes. Wenige Sekunden später vernahmten die Eltern des Knaben einen Schuß und unmittelbar darauf einen lauten Schrei. Der Sohn des Ehepaares hatte ihn aufgeschoßen. Er hatte einen Schuß in die Brust erhalten. Es stellte sich heraus, daß die Kugel von dem Wizefeldwebel Schmittchen abgefeuert worden war. Schmittchen, der in der Nähe des Latortes einen Hüfnerstoß besitzt, hatte die Hüner durch einen Schredschuß



In den Stall treiben wollen. Die Kuh, die er aus einem Leisching abfuerte, sollte unglücklichweise den Knaben treffen. Aus einer Entfernung von etwa 150 Schritt hatte das Geschöpf den Knaben erreicht und durchbohrt. Bald nach der Einlieferung ist er das angegriffene Kind im Paul Gerhard-Stift an den Folgen der Schußverletzung.

Nach ausgedehnter Beweisaufnahme führte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Illmann aus, daß der Angeklagte in unterantworlichem Leichtsinn gehandelt habe. Durch seine große Fahrlässigkeit sei ein Elternpaar um seine einzige Hoffnung, den Sohn gebracht worden. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten sowie Degradation. Das Gericht erkannte nur auf sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte, hieß es in dem Urteil, mußte damit rechnen, daß nicht nur Berechtigten sondern auch Unberechtigten das offen stehende Tor passieren konnten. Er hat also in großer Fahrlässigkeit gehandelt.

### Ein Nachspiel zum Prozeß der „Neuen Damengemeinschaft“.

Gegen den Gerichtsbescheid, der die Untersuchung der wegen Meineids angeklagten Frau Kay anordnet, ist Beschwerde eingelegt. Frau Kay war übrigens, wie infolge des Ausschusses der Öffentlichkeit angenommen war, nicht Mitglied der Damengemeinschaft, wohl aber eine Zeugin. Die Ehe der Frau Kay wurde auf Klage und Widerklage geschieden, beide Teile für schuldig erklärt. Frau Kay hatte für den Artikel, der zu der Anklage und Freisprechung des Redakteurs der „Großen Glocke“ führte, das Material geliefert.

### Schuh vor Schuhtenten.

Wegen Nötigung und Mißhandlung im Amte hatte sich am Mittwoch vor der Strafkammer des Rindauer Landgerichts der Polizeiwachtmeister Oskar Edmund Tröger aus Oberplanitz verantwortet. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Bergarbeiter Texter in Oberplanitz, der zurzeit noch die Fortbildungsschule besucht, war auf einer öffentlichen Tanzbelustigung angetroffen und deshalb in Strafe genommen worden. Die ihm auferlegte Geldstrafe wollte der Fortbildungsschüler am 20. Oktober auf dem Polizeiamt entrichten. Er ging in die Wachtstube und behielt den Hut auf dem Kopfe. Der anwesende Polizeiwachtmeister forderte den jungen Mann auf, den Hut abzunehmen, wobei er die Bemerkung machte: „Nehmen Sie doch den Hut ab und stellen Sie sich nicht in so frecher Weise hier hin!“ Der Fortbildungsschüler soll darauf erwidert haben: „Ich bin nicht frech, Sie sind frech!“ Der Polizeiwachtmeister geriet in große Erregung und versetzte in Gegenwart eines Schuttmannes dem Arbeiter zwei schallende Ohrfeigen. Nach den Bekundungen des Fortbildungsschülers soll der Wachtmeister in seiner Erregung eine Weilsche ergriffen und gedrückt haben, den jungen Mann zu schlagen, wenn er nicht den Mund halte. Er habe zwei heftige Ohrfeigen erhalten, so heftig, daß der Schuttmann lange sie im Nebenzimmer gehört habe. Der Gemeindevorstand Müller in Oberplanitz bekundete, der Polizeiwachtmeister sei ein gewissenhafter Beamter. Er habe allerdings einen gewissen Leberkeifer in seinem Amte gezeigt, sei auch infolge des anstrengenden Dienstes reizbar und leicht reizbar geworden. Mit seinen Schuhtenten habe er häufig Differenzen gehabt, da er diesen gegenüber eine zu scharfe Kontrolle ausgeübt habe. Er habe ihm früher schon Nötigung in seinem Amte empfunden. Demgegenüber bemerkte der Angeklagte, daß er fortwährend Ärger in dem Dienst gehabt habe. Seine eigenen Schuhtenten seien mit dem Notizbuch herumgelaufen und hätten sich aufgezeichnet, wenn er einmal in der Kneipe gesehen habe. Das Gericht beurteilte den Wachtmeister wegen Mißhandlung unter Annahme mildernder Umstände zu 120 M. Geldstrafe oder zu 20 Tagen Gefängnis.

### Ein ruhender Hund.

Wegen Erregung ruhender Värms war Frau Herz vom Landgericht Wodum auf Grund des § 880 Ziffer 11 zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie nicht verhindert hatte, daß ihr auf dem Hofe gehaltener Hund nachts fürchterlich heulte. Das Kammergericht verwarf die Revision der Angeklagten mit folgender Begründung: Das Landgericht habe festgestellt, daß die Gesamtheit der Anwohner in ungebührlicher Weise durch das nächtliche Hundegebell belästigt worden sei. Der Vorsatz der Angeklagten, den die Verurteilung voraussetze, sei auch festgestellt. Sie habe gewußt, daß der Hund nächtlicherweise diesen Lärm mache. Sie hätte es geduldet, anstatt es eventuell durch Abschaffen des Hundes zu verhindern. Zum mindesten sei mit dem dolus eventualis zu rechnen.

### Mädchenhandel vor Gericht.

Das schimpfliche Gewerbe des Mädchenhandels blüht leider auch in Deutschland. Ramentlich sind es die Grenzländer Österreichs und Reichslande, die mit ihrer national gemischten Bevölkerung einen günstigen Boden für das Treiben der Mädchenhändler bieten. Von hier aus werden insbesondere die südamerikanischen Republiken, aber auch Belgien und Holland mit ihrer „weissen Ware“ versorgt. Die Verhältnisse in den Reichsländern wurden grell beleuchtet durch einen Prozeß vor der Reichsstrafkammer, vor der sich der Hotelier Hahn und Oberhaußen, der Italiener Jannoni aus Mex und dessen Geliebte, die Witwe Marie Riemersma, eine Schwester des Angeklagten Hahn, am Mittwoch zu verantworten hatten. Die Anklage lautete auf einen ollenenden und zwei veruchte Fälle der Verleitung weiblicher Personen zur Auswanderung, um sie der Anzucht in die Arme zu führen. Der Angeklagte Hahn hat im Rheinlande als Kleiner gelernt und ist schon viel in der Welt herumgekommen. Nachdem er in verschiedenen Ländern Europas in seinem Verufe tätig gewesen, verheiratete er sich und überiedelte nach Buenos Aires, dem Dorado für öffentliche Häuser. Hier trennte er sich von seiner Frau, weil diese angeblich eine Liebschaft mit einem argentinischen Offizier hatte. Im Jahre 1908 kam er nach Deutschland zurück, trat aber bald wieder die Reise nach Argentinien an, und zwar hatte er sich zwei Schiffstücken auf den Namen eines Ehepaars Hahn besorgt. Unter dem Namen seiner Ehefrau reiste ein Dienstmädchen Schmidt aus Syrum. Nach den Ermittlungen der Berliner Polizei befindet sich die Schmidt noch gegenwärtig in einem Bordell in Buenos Aires. Nachdem dieser Coup geglückt war, kam Hahn wieder nach Deutschland und suchte weitere Opfer. Er hatte zunächst ein Mädchen aus der Gegend von Nancy im Auge, über das er eine Art romantischen Schimmer zu verbreiten suchte. Der Angeklagte will von seiner Schwester erfahren haben, daß sich jenseits der Grenze ein wunderschönes Mädchen aufhalte, das früher Ronne gewesen und jetzt als Kellnerin tätig sei. Sie sei hoch gebildet, spreche vier Sprachen und würde sich als Frau für ihn, den Angeklagten, sehr gut eignen. Die Anklage ruhm zunächst an, daß diese Ronne eine Erfindung des Angeklagten sei. Verschiedene Kaffiber, die der Angeklagte aus dem Untersuchungsgefängnis senden wollte, sprachen aber auch von dieser Ronne. Die Kaffiber wurden alle aufgefangen und bildeten mit ein wichtiges Beweismaterial. — Unter den Zeugen befanden sich die Ausländer aus den Nachbarstaaten. Ein Luxemburgischer Auswandereragent bekundete, daß Hahn seine Anzucht mit der Schmidt in Buenos Aires mittels Kabeltelegrams abfierte. Das Telegramm ist nach den Recherchen des deutschen Generalkonsuls in Buenos Aires an ein öffentliches Haus gerichtet gewesen. — Verschiedene Zeuginnen, meistens Kellnerinnen, bekundeten, daß sie von den Angeklagten aufgefordert worden seien, nach Südamerika auszuwandern. Dort könne ein Mädchen bei geringer Arbeit mit Leichtigkeit 50 Dollar pro Tag verdienen. Richtig sei, daß die Mädchen als Frau oder Schwester des Angeklagten Hahn nach drüben reisen. Einer Zeugin ist aufgegangen worden, sich während der Ueberfahrt das Haar heller zu färben und sich gut pflegen, da kokulente Personen beliebt seien. Der Angeklagte Hahn behauptete demgegenüber, daß er den Mädchen Verantwortung, Redakteur: Wilhelm Düssel, Dichtberg. Für den

nur gesagt habe, in Südamerika könne sich ein deutsches Mädchen leichter verheiraten als hier.

## Aus der Frauenbewegung.

Eine irische Frau als Beamter. Vom Distriktrat der irischen Grafschaft ist vor einiger Zeit auf Grund des irischen Arbeitergesetzes eine Frau als Rentenerheber bestellt worden. Die vorgelegte irische Zentralbehörde gab dem Distriktrat auf, die Frau des Postens zu entheben und sie durch einen Mann zu ersetzen. In den „Gründen“ hieß es: Frauen seien nicht geeignet, so schwierige Rechtsgeschäfte, wie Rentenlagen und dergleichen zu führen!

Der Distriktrat beschloß einstimmig, bei seinem Beschlusse zu beharren, und die Zentralbehörde gab nach. Letzten Sonnabend lief beim Distriktrat in Belfast ein Schreiben ein, in dem es heißt: Fräulein Carrs Beamtung sei für einen Zeitraum von 12 Monaten vorläufig genehmigt!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Vierter Wahlkreis. Mittwoch, 21. Juli: Kaffeeloch im „Elbsium“, Landsberger Allee.

Moabit, 7. und 8. Abteilung. Montag, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr: Kaffeeloch bei Wieshoit, Inselrestaurant, Plögensee.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. Juli, nachmittags von 3 Uhr ab in Plögensee, Inselrestaurant, Inhaber Wieshoit: Kaffeeloch usw.

Lichtenberg. Montag, den 19. Juli: Ausflug nach Baumschulweg-Königsheide. Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr bei Tempel, Altborswagen, Ecke Bahnhofsstraße. Für Nachzügler: Nachmittags 3 Uhr Speers Festale, Baumschulweg, Baumschulstraße.

### Beseabende.

Wilmerdorf. Freitag, den 16. Juli, 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112.

## Vermischtes.

Zum Hinzdorfer Doppelmord, über den wir gestern berichteten, hat sich jetzt in der Person des Schiffers Starke zu Altenplattow beim Gemeindevorstand in Hinzdorf ein Augenzeuge gemeldet. Er bekundete, daß er den Mörder, den Mörder, als Angreifer sah, hinter dem sein Sohn stand. Drei Schüsse fielen zuerst, die Hinrichs und Langwisch zu Boden streckten. Er konnte an die Mordstelle nicht gelangen, da eine Sandbank die Landung verhinderte, und das Kommando des Schleppjuges erforderte zu viel Zeit. Starke benachrichtigte aber die Behörde weitere Feststellungen getroffen. Inzwischen hat danach geschossen, ehe die beiden Ermordeten das Land betreten konnten. Beim Herannahen des Fischers Gude war Fluch noch bei den beiden beschäftigt, die er in die Erde werfen wollte. Der Kahn war überflutet vom Blute der Opfer. Auf den Anruf Gudes: „Mann, was haben Sie gemacht“, ergriff der feige Mordmörder die Flucht. In seiner Gesellschaft befanden sich seine Söhne Wilhelm, der beim Willkür dient, und Ludwig, der erst vierzehn Jahre alt ist. Man nimmt an, daß zwei Personen geschossen haben. Bei der Verhaftung in Klein-Deuster versuchte Fluch noch einen schlagflüchtigen geladenen Revolver zur Seite zu bringen, was jedoch die Wachsamkeit des Gendarmereiwachtmeisters verhinderte.

Ein tragisches Geschehnis ereilte eine Familie in Sosnowice. Die Tochter sollte in acht Tagen Hochzeit feiern. Gestern erhielt sie die Todesnachricht von ihrem Bräutigam, der im Bade weckte. Das Mädchen nahm Gift mit den Worten: „Ich will mit ihm sterben!“ und war in 10 Minuten eine Leiche. Der 50-jährige Vater erlitt angefaßt der Leiche seines einzigen Kindes einen Herzschlag und starb sofort.

### Ein englisches Unterseeboot gesunken.

London, 15. Juli. Ein unbekannter Dampfer brachte gestern bei Lomeo die Unterseeboot „O 11“ samt der ganzen Besatzung zum Sinken. Die Mannschaft eines zweiten Unterseebootes, das gleichfalls beschädigt wurde, konnte sich retten.

Verband deutscher Gewerkschaften. Drittvermittlung Berlin. Donnerstag, den 22. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Saale der „Arminialen“, Kommandantenstraße 58/59: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf das Ostseewerke. 2. Die kommenden Junimannschaften (am 26. Juli).

Allgemeine Kranen- und Sterbefälle der Metalarbeiter (S. 29) Hamburg. Filiale Rummelsburg. Sonnabend, den 17. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Ostar Blume, Altborswagen, Ecke der Neuen Bahnhofsstraße. — Filiale Rieder-Schöneweide. Sonntag, den 18. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Fr. Kade, Wilhelmstraße 43.

### Eingegangene Druckschriften.

Die Regierung der Konservativen unter Kaiser Wilhelm II. Von A. E. Schöding. Geh. 1 M. — Jesu. Sein Kampf, seine Persönlichkeit und seine Legende. Von R. v. Dellus. Geh. 2.50 M. — Karl Hentzschers Flucht und Zustucht. Von R. v. Heinrich. Geh. 3 M. — H. Langen, München.

Weltgeschichte. Lieferung 54—57. Herausgegeben von Professor Dr. J. v. Scharf-Garlung. 80 Lieferungen à 60 Pf. — Witten u. Co., Berlin SW. 68.

Dritter Bericht des Arbeitersekretariats für Seltenschriften und Umgegend (1906, 1907, 1908). Selbstverlag, 112 Seiten.

Neunter Jahresbericht (1908) des Arbeitersekretariats Bremen (nebst Berichten über Stand, Leistungen und wirtschaftliche Ansprüche der Gewerkschaften, das Gewerkschaftsstatut, den Bildungsansatz, das Gewerkschaftsgericht). Selbstverlag, 76 Seiten.

Wegenschafterbericht pro 1908. Herausgegeben vom Gau Rheinland-Besahlen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. 111 Seiten.

Der Leipziger Student 1409—1909. Von Dr. M. Bruchmüller. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. (Aus Natur und Geisteswelt. Band 273.) 142 Seiten. Geh. 1 M., geb. 1.25 M.

Deutsche Mooste und Farn. Von Prof. Dr. R. Migula. Verlag von Strecker u. Schröder, Stuttgart. 141 Seiten. Geh. 1 M., geb. 1.40 M. (Naturwissenschaftliche Monographien. Serie A. Band 5.)

„Lulu“, Roman von Gabriele d'Aurevilly. Band 10/11 des Fiskers Bibliothek zeitgenössischer Romane. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) Geh. 1.60 M., geb. 2 M.

Das heutige Spanien unter dem Joch des Papsttums. Von Padre Don José Ferrandis. Herausgegeben von Don Ibero. Geh. 3.50 M. Neuer Franfurter Verlag, Frankfurt a. M.

Bericht des Vorstandes und der Kommissionen des Sozial. Vereins Bochum-Gelsenkirchen-Gattlingen-Witten. 1908/09. 35 Seiten. Selbstverlag.

Die Luftschiffahrt. Von R. Rimmler. (Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 300.) Geh. 1 M., geb. 1.25 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Die Organisation der Welt. Von H. Schöding. 1 M. — Der kranke Krieg. Von A. H. Fried. 1 M. — R. Kröner, Leipzig.

Technisch-wirtschaftliche Monographien, herausgegeben von Prof. Dr. L. Scharf-Garlung. Bd. 5: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der Zelluloseindustrie von A. Engel. — Bd. 6: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der deutschen Zigarettenindustrie von A. Heilmann. — Bd. 7: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Wolllindustrie von A. Wags. — Bd. 8: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Schmelzindustrie von A. Behr. — Bd. 9: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Papierfabrikation von J. Schäfer. Verlag: Dr. W. Klunhardt, Leipzig.

Die wiesingene Ente. Die 200 alligsten Enten. Von H. Schloemp. Vor- und Nachwort von E. A. Bierbaum. Umschlag von E. D. Petersen. Geh. 2 M., geb. 3 M. G. Müller in München.

Sozialratenteil bezant.: Th. Giese, Berlin, Druck u. Verlag; Bornärgs

Strandes Karte: Umgegend vom Märksee. 1.50 M. Selbstverlag, Berlin.

Vorträge und Redner der Vortragsgesellschaft des Deutschen Reichsbundes. 30 Pf. Selbstverlag, Berlin W. 67.

7. Geschäftsbericht des Hilfsvereins der Deutschen Juden. 155 Seiten. Selbstverlag, Berlin 1909.

Das Gesetz der Werte. Erzählungen von K. v. Westhof. Geh. 2 M. — Die wir einst so glücklich waren! Romane von W. Spener. Geh. 1.50 M. — Holte Fildner. Erzählung aus dem Mittelalter. Geh. 4 M., geb. 5.50 M. H. Langen, München.

### Briefkasten der Redaktion.

Die fertige Sprechstunde findet Lindenstraße 5, hinter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachhaken und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. D. Ihr Sohn möchte bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres warten. — W. M. 2. 1. und 2. Ja. — Steuerreklamation. Der Inhalt des Bescheides entspricht dem Gesetz. — C. N. 07. Wenden Sie sich an den Handels- und Transportarbeiterverband. — P. 1. alter Abonnent. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Einziehung des Lebens und auf Schadenersatz. — W. R. 18. 1. und 2. Kaufverträge forderungen verfahren in 30 Jahren. Von jeder Zwangsvollstreckungsmaßnahme abgesehen die Verjährungsfrist von neuem zu laufen. 3. Leider nein. — H. T. 43. Falls Kost der Autodierin neben dem Vergeld verprochen ist, so muß sie auch für die Zeit der Wäsche gewährt werden. Als Ersatz für Frühstück und Wäsche ist etwa 50 Pf. angemessen. — W. R. 13. Das von Ihnen Angeführte ist kein Scheidungsgrund. — Wipper 25. 1. Kein 2. Nein: der Abzug für Fahrgehalt ist allgemein zulässig; einige Behörden lehnen aber den Anspruch, der nur indirekt aus dem Gesetz zu folgern ist, ab. Leider gibt es ein Rechtsmittel an das Obergericht gegen die Entscheidung nicht mehr. — G. N. 36. Der Wert ist im Recht. — Marwitz 2. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Die Kinder sind, sobald Sie dazu ohne Beeinträchtigung Ihres Unterhalts und des Unterhalts Ihrer eigenen Familie im Stande sind, gesetzlich zur Unterhaltung der Eltern verpflichtet. — Kostüm 22. 1. Sie müßten die Herrschaft am Orte Ihres Wohnortes also in Berlin verlagern. Die Befreiung, daß sie zur Tragung der Kosten außer Stande ist, läßt Ihre Tochter sich von der hiesigen Armenverwaltung erteilen. Dann stellt sie unter Verfügung dieses Amtes unter Klarlegung des Sachverhaltes und der Anführung der Beweismittel bei dem Amtsgericht den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts. 2. Ja. 3. Krankenversicherungspflicht ist Ihre Tochter nicht. Aber die Herrschaft ist verpflichtet, für die Dauer von sechs Wochen für Kur und Verpflegung zu sorgen und kann nur den auf die Dauer der Krankheitszeit entfallenden Teil des Lohnes in Gegenrechnung bringen. — C. 4. Steuerpflichtigkeit liegt nicht vor. — S. 81. Versuchen Sie es auf diesem Wege. — Riederlehne 231. 1. Eine solche Stellung ist uns nicht bekannt. 2. Die Wählerkarte besteht nach dem Gesetz. — Vorwärts 100. 1. und 2. Ja. — W. R. 18. Die eingetragene Genossenschaft, nicht deren einzelne Mitglieder, hat die Beiträge zu zahlen. — C. 2. 3. W. R. 87. Nein. — R. 30. Die Polizeibehörde ist zuständig. — Grete. Wenden Sie sich an die Versicherungskasse Berlin. Könniger Park. Die Versicherungskasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Jahressätze zu gewähren. — P. R. 100. Wenn nachgewiesen wird, daß die Mitglieder gemeinsam das Bier einkaufen und unter sich abgeben, so wird Freisprechung erfolgen. — P. 2. 102. Der Ehemann und Nachweis, daß während der Empfängniszeit mehrere beigeachtet haben, beseitigt das Recht des Mädchens und des Kindes, falls nicht etwa der in Anspruch Genommene zu öffentlicher Urkunde seine Vaterpflicht anerkannt hat. — P. R. 47. Die Firma würde mit einer Klage auf Auflösung der unzulässigen Parten gewinnen. Suchen Sie eine Einigung herbeizuführen. — W. R. 3. — Klimente 2. 1. Nur der auf Ihren Bruder entfallende Erbteil hätte für dessen Schulden. 2. Der Erbteil (die Hälfte der gesetzlichen Erbportion) muß verlassen werden. 3. Der Anspruch auf Klimente verläßt in 30 Jahren. 4. Für die Krankheitskosten müßte der Vater aufkommen. 5. Ein Verlaß oder dergleichen ist nicht zu empfehlen. — G. M. 1. Für den Fall einer Klage würden Sie voraussichtlich zur Zahlung verurteilt werden. — Antim. Legen Sie die Sache so dar, wie Sie sie und dargestellt haben. Sollte dennoch Klage erhoben werden, so setzen Sie uns von dem Termin rechtzeitig in Kenntnis. — G. R. 99. Uns nicht bekannt. — P. R. 19. 1. Ja. 2. Die Reklamation erfolgt an den geschäftsführenden Ausschuss der Berliner Stadtsynode, Neue Friedrichstr. 99. 3. Verjährung tritt erst in dreißig Jahren von der letzten Zwangsvollstreckungsmaßnahme ab gerechnet ein. — G. R. 78. Eine Klage gegen den Meister auf Herausgabe des Buches (sowie auch eine Schadenersatzklage wegen der durch Verletzung des Lehrvertrages herbeigeführten Schädigungen) hätte Aussicht auf Erfolg. — H. 2. 100. Nach dem der Säbnertermin erfolglos ausgefallen ist, muß mündlich die Ehestandsklage durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht erhoben werden. — P. 135. Der Anspruch ist erloschen. — Rummelsburg 77. Nein. — Pantow. 2. Die Kündigung ist verfrüht. Ein Nicht- oder Nichtvertrag, der für länger als ein Jahr geschlossen worden ist, bedarf der schriftlichen Form. Ist er nur mündlich geschlossen, so gilt er als für unbestimmte Zeit geschlossen. Die Kündigung ist jedoch nicht für eine frühere Zeit als für den Schluss des ersten Jahres zulässig; bei Nachverträgen hat die Kündigung spätestens am ersten Werktage des halben Jahres zu erfolgen, mit dessen Ablauf die Pacht endigen soll. — H. 2. 3. Der Stempel ist zur Gültigkeit eines Vertrages nicht erforderlich. Es tritt aber eventuell Strafsache wegen Stempelpflichtverletzung ein. — Dreierlebe 99. 1. Im dritten Falle. 2. Die Mindeststrafe für Diebstahl ist ein Tag Gefängnis. Für Diebstahl im Maßstabe drei Monate Gefängnis. 3. Generals- oder gemeinheitsmäßige Hehlerei ist mit einer Zuchthausstrafe von einem Jahre bestraft. — H. 2. 100. Wegen des Landgewerbescheines wenden Sie sich an die Polizeibehörde.

Antlicher Marktbericht der Rüblichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Junfer stark, Geschäft schleppend, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise beständig. Fisch: Zufuhr stark, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend, gute Seefische stark gefragt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

### Witterungsüberblick vom 15. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)	Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)
Erntemende	762.5	3bedekt	15	14	Dapranba	748.5	3wolig	17	19
Hamburg	764.5	3bedekt	14	14	Petersburg	749.5	2bedekt	19	17
Berlin	764.5	2heiter	17	14	Schwyz	767.5	3bedekt	14	13
Konstanz	766.5	3wolig	16	16	Breben	763.5	1bedekt	14	18
München	767.5	4wolig	16	16	Paris	767.5	2Regen	14	14
Wien	766.5	3wolig	17	16					

Wetterprognose für Freitag, den 16. Juli 1909. Mäßig warm, vielfach heiter, aber veränderlich bei ziemlich lebhaften (abwärtigen) Winden, etwas Regen und Gewittern. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 7. 13. 7.	am 15. 7. 13. 7.
Remel, Tilsit	183 +6	108 +11
Regel, Anberburg	39 +23	40 +2
Beisjel, Thorn	144 +0	85 +1
Oder, Rathor	549 +180	33 0
Krossen	245 -8	84 +3
Franfurt	254 -7	51 -1
Barthe, Schimm	90 +7	4 -1
Landsberg	13 +8	714 -10
Regel, Vorbaum	-16 0	464 +38
Eibe, Leimnitz	150 +63	500 +42
Dresden	-10 +9	163 -35
Barby	297 -9	194 +14
Magdeburg	194 -12	223 -65

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — \*) Untersegei. \*) Höchst Wasserstand am 14. zwischen 5 und 7 Uhr morgens: 559 cm. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.